

**Expertise „Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im
Themenfeld Linksextremismus in Deutschland.
Forschungsstand und Forschungsdefizite“**

Vorgelegt von

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugher

Fachhochschule des Bundes

Willy-Brandt-Str. 1/Z 3.39

50321 Brühl

E-mail: Armin.Pfahl-Traugher@FHBund.de

Erstellt im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts (DJI)

Brühl im Mai 2010

Inhalt:

1. Einleitende Bemerkungen

1. Definition und Beschreibung des Phänomenbereichs „Linksextremismus“

2. Definition von Linksextremismus
3. Beschreibung des Phänomenbereichs allgemein
4. Beschreibung des Phänomenbereichs jugendbezogen
5. Einführungen, Gesamtdarstellungen und Jahrbücher

II. Forschungen zu Detailspekten des Linksextremismus

6. Forschungen zur „Deutschen Kommunistischen Partei“
7. Forschungen zu den „Kommunistischen Gruppen“
8. Forschungen zur „Marxistischen Gruppe“ und den Trotzlisten
9. Forschungen zur Partei „Die Linke“ bzw. „Partei des Demokratischen Sozialismus“
10. Forschungen zum Antifaschismus als linksextremistischem Handlungsfeld
11. Forschungen zur „Rote Armee Fraktion“
12. Forschungen zum sonstigen Linksterrorismus
13. Forschungen zur Autonomen-Szene 14. Forschungen zur biographischen Entwicklung von gewaltgeneigten Linksextremisten
15. Forschungen zu „linker Gewalt in Berlin“
16. Forschungen zur Gewalt am 1. Mai in Berlin

III. Defizite der Forschung und Anregungen zum Forschungsbedarf

17. Defizite bezüglich einer differenzierten Gesamtdarstellung zum Linksextremismus
18. Forschungsdefizite hinsichtlich der marxistischen Teile des Linksextremismus
19. Forschungsdefizite im Bereich linksextremistischen Engagements in Protestbewegungen
20. Forschungsdefizite im Bereich der Autonomen-Szene allgemein
21. Forschungsdefizite bezogen auf die Analyse von Primärquellen der Autonomen-Szene
22. Forschungsdefizite im Bereich linksextremistisch motivierter Gewalt
23. Forschungsdefizite zu vergleichenden Betrachtungen
24. Forschungsdefizite zu linksextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung
25. Empfehlungen für einen Forschungsbedarf

1. Einleitende Bemerkungen

Bei der vorliegenden Abhandlung geht es um „das Aufzeigen und die Erhebung des derzeitigen Forschungsstandes im Themenfeld Linksextremismus. Dies beinhaltet die Beschreibung des Phänomenbereichs sowie die Erstellung eines Literaturüberblicks für den Zeitraum ab 1949. Ein Fokus liegt dabei auf jugendspezifischen Bezügen, die besonders am Beispiel der Autonomen Szene aufgezeigt werden sollen. Auf dieser Erhebungsbasis sollen Forschungslücken und entsprechend der bestehende Forschungsbedarf systematisch benannt werden.“¹ Im Sinne des so formulierten Auftrags wird hier ein Überblick zu einschlägigen Publikationen aus dem wissenschaftlichen Bereich geliefert. Dabei handelt es sich nur eingeschränkt um die Aktualisierung einer Bilanz des früheren Forschungsstandes², beansprucht der vorliegende Text doch nicht den Status einer allumfassenden Gesamtdarstellung. Bei bestimmten Themen werden nur exemplarisch Forschungen benannt, in anderen Fällen erfolgt dann tatsächlich eine vollständige Bilanz.

Inhaltlich gliedert sich die Abhandlung in drei größere Teile: Zunächst erfolgt eine Definition von Linksextremismus (2.) und eine Beschreibung des Phänomenbereichs allgemein (3.) und jugendbezogen (4.) sowie ein Überblick zu Einführungen, Gesamtdarstellungen und Jahrbüchern (5.) als allgemeiner Einstieg. Insgesamt kann von einem unterentwickelten Forschungsstand gesprochen werden, wobei aber mal eine Fülle von Studien existiert und mal kaum Veröffentlichungen vorliegen. Es geht dann um Forschungen zur „Deutschen Kommunistischen Partei“ (6.), zu den „Kommunistischen Gruppen“ (7.), zur „Marxistischen Gruppe“ und den Trotzlisten (8.), zur Partei „Die Linke“ bzw. „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (9.), zum Antifaschismus als linksextremistischem Handlungsfeld (10.) zur „Roten Armee Fraktion“ (11.), zum sonstigen Linksterrorismus (12.), zur Autonomen-Szene (13.), zu biographischen Entwicklungen von gewaltgeneigten Linksextremisten (14.), zu Forschungen zu „linker Gewalt in Berlin“ (15.) und zur Gewalt am 1. Mai in Berlin (16.). Danach folgt eine Einschätzung zu den Defiziten, womit sich jeweils auch Anregungen zu Forschungen verbinden: Defizite bezüglich einer differenzierten Gesamtdarstellung zum Linksextremismus (17.), Forschungsdefizite hinsichtlich der marxistischen Teile des

¹ Wolfgang Müller, Verwaltungsdirektor des Deutschen Jugendinstituts, Halle, Schreiben vom 2. Februar 2011 mit dem Betr.: „Auftrag zur Erstellung einer Expertise ‚Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite‘ für das Projektmodul ‚Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen‘ an den Autor.

² Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band I: Literatur, Köln 1989, S. 145-223.

Linksextremismus (18.), im Bereich linksextremistischen Engagements in Protestbewegungen (19.), im Bereich der Autonomen-Szene allgemein (20.), bezogen auf die Analyse von Primärquellen der Autonomen-Szene (21.), im Bereich linksextremistisch motivierter Gewalt (22.), hinsichtlich vergleichender Betrachtungen (23.) und bezogen auf linksextremistische Einstellungen in der Bevölkerung (24.). Gegen Ende formuliert eine bilanzierende Einschätzung Empfehlungen für einen Forschungsbedarf (25.), welche sich auch auf die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen des Linksextremismus beziehen. Dabei stehen sowohl die Autonomen wie die Gewalttaten im Zentrum des Interesses. Hier wären auch die jugendspezifischen Bezüge des gegenwärtigen Linksextremismus auszumachen.

1. Definition und Beschreibung des Phänomenbereichs „Linksextremismus“

2. Definition von Linksextremismus

Zunächst bedarf es aber einer Definition von „Linksextremismus“, wobei am Beginn eine Begriffsbestimmung zu den beiden Bestandteilen des Terminus steht: „Extremismus“ meint hier im politikwissenschaftlichen Sinne eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Auffassungen und Handlungen, die sich gegen die Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates richten.³ Das juristische bzw. verfassungsschützerische Verständnis ist ähnlich ausgerichtet, geht es hierbei doch um eine Bezeichnung für politische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Unterschiede bestehen vor allem in zweierlei Hinsicht: Die juristische Definition orientiert sich erstens an der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland, was länderübergreifende Darstellungen und Einschätzungen erschwert. Und zweitens bezieht sich die politikwissenschaftliche Definition auch ausdrücklich auf Einstellungen, welche im verfassungsschützerischen Verständnis lediglich im Kontext von Handlungen Beachtung finden.

„Links“ als politische Position soll hier im Gegensatz zu „rechts“ als eine mehr auf das Prinzip der „Gleichheit“ ausgerichtete Auffassung verstanden werden.⁴ Diesbezüglich gibt es unterschiedliche Deutungen, die bezüglich der hier zu erörternden Extremismus-Thematik in

³ Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente zu einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Armin Pfahl-Traugber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33.

⁴ Vgl. Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

demokratische und un-demokratische Varianten idealtypisch unterschieden werden können. Demgemäss steht Linksextremismus für eine Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Handlungen, die sich im Namen eines egalitären Gesellschafts- und Politikverständnisses gegen die Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates wenden. Ideengeschichtlich lassen sich die einschlägigen Strömungen bei der Gemeinsamkeit in der Zielsetzung einer „herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft“ zwei großen „Ideologiefamilien“ zuordnen: den anarchistisch ausgerichteten Linksextremisten, welche die Institution des Staates gänzlich ablehnen⁵, und den marxistisch ausgerichteten Linksextremisten, welche zunächst die Etablierung einer sozialistischen Diktatur anstreben.⁶ Linksextremismus kann sich nach seiner politikwissenschaftlichen Definition sowohl in Auffassungen wie in Handlungen artikulieren: Die Erstgenannten bestehen neben der ideologischen Programmatik einschlägiger Organisationen auch in entsprechenden Einstellungen innerhalb der Bevölkerung. Extremistisches Gedankengut findet man nicht nur bei den politisch Aktiven, sondern in Gestalt von Mentalitäten und Orientierungen auch in Teilen der Politischen Kultur einer Gesellschaft. Im Kern geht es bei der Auseinandersetzung mit „Extremismus“ bzw. „Linksextremismus“ aber um die politisch aktiven und organisierten Erscheinungsformen, worunter Gruppen, Organisationen, Parteien, Subkulturen und Vereine fallen. Dabei ist es hinsichtlich der Erfassung unter die Sammelbezeichnung „Linksextremismus“ nicht bedeutsam, ob es sich um eine straffe Organisationsform oder um einen lockeren Personenzusammenschluss handelt oder ob die gemeinten Bestrebungen die Anwendung von Gewalt als Handlungsstil akzeptieren oder nicht.

3. Beschreibung des Phänomenbereichs allgemein

Um die vorstehenden abstrakteren Ausführungen zu konkretisieren, soll hier der gemeinte Phänomenbereich in seinen aktuellen Erscheinungsformen näher beschrieben werden. Als Grundlage dafür dient der Verfassungsschutzbericht, der jährlich vom Bundesministerium des Innern veröffentlicht wird. Er beschränkt sich entsprechend des referierten juristischen Extremismusverständnisses auf politische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und nimmt demgemäss einschlägige Einstellungen in der Bevölkerung nicht

⁵ Vgl. u.a. James Joll, Die Anarchisten, Frankfurt/M. 1971; Justus F. Wittkop, Unter der schwarzen Fahne. Gestalten und Aktionen des Anarchismus, Frankfurt/M. 1974.

⁶ Vgl. u.a. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall (drei Bände), München 1977; Wolfgang Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus, Düsseldorf 1970.

als Berichtsgegenstand auf. Für das Jahr 2009 bezifferte man das Personenpotential nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften auf 31.600 Anhänger, wobei im Vergleich zu den Vorjahren ein leichter Anstieg (2008: 31.200, 2007: 30.800 Personen) ausgemacht wurde.⁷ Die gemeinten Gruppen und Personen unterteilt der Verfassungsschutzbericht einmal handlungsbezogen in „Gewaltbereite Linksextremisten“ und einmal ideologiebezogen in „Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten“.⁸

Den gewaltbereiten Linksextremisten rechnet man etwa 6.600 Personen zu, wovon bis zu 6.100 der Autonomen-Szene angehören. Sie machen durch klandestine Aktionen in Gestalt von geplanten Anschlägen und Straßenkrawallen im Rahmen von Demonstrationen auf sich aufmerksam. Bei Letzteren geht man auch gegen Personen vor, wobei Polizisten und Rechtsextremisten als legitime Zielgruppe angesehen werden. Die Anschlagsintensität und Gewaltdimension ist aber nicht so hoch, dass man von festen terroristischen Strukturen ähnlich der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) sprechen kann. Politisch vertreten die Autonomen keine entwickelte Theorie, sondern propagieren anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente, um damit den „Kampf“ zur Schaffung oder Verteidigung von „Freiräumen“ zu legitimieren. Darüber hinaus fällt eine ausgeprägte Skepsis gegenüber der Einbindung in festere Organisationsstrukturen auf, obwohl es auch Tendenzen in diese Richtung wie etwa bei „AVANTI“ oder der „Interventionistischen Linken“ (IL) gibt. Zu den marxistisch-leninistisch ausgerichteten Formen des Linksextremismus gehören Parteien wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die sich mit ihren 4.000 Anhängern an der ehemaligen DDR orientiert, oder die „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), die mit ihren 2.000 Mitgliedern im Maoismus und Stalinismus ihre Leitlinie sieht. Beide Parteien können als politische Erben der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) bzw. der „Kommunistischen Gruppen“ angesehen werden. Darüber hinaus existieren in Deutschland 1.600 Anhänger von trotzkistischen Gruppen, wovon „marx21“ und „Sozialistische Alternative“ (SAV) die bedeutendsten sind. Die erstgenannte Gruppe trat auch geschlossen der Partei „Die Linke“ bei. Ob der Zusammenschluss der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) und der „Wahlalternative Arbeit und Soziale

⁷ Alle folgenden Angaben nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010.

⁸ Aufgrund dieser unterschiedlichen inhaltlichen Ebenen für die Zuordnung der gemeinten Linksextremisten handelt es sich um eine kritikwürdige Typologisierung, womit etwa marxistisch-revolutionär ausgerichtete Gewaltbereite gar nicht mehr zugeordnet werden können.

Gerechtigkeit“ (WASG) ebenfalls ganz oder teilweise als linksextremistisch eingeschätzt werden kann, ist in Öffentlichkeit, Verfassungsschutz und Wissenschaft umstritten.⁹

4. Beschreibung des Phänomenbereichs jugendbezogen

Da in dem vorliegenden Forschungsbericht der jugendbezogenen Komponente des Linksextremismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll, bedarf es hier auch einer gesonderten Beschreibung des Phänomenbereichs hinsichtlich dieses spezifischen Gesichtspunkts. Allgemein lässt sich zunächst sagen, dass spätestens seit Ende der 1960er Jahre Jugendliche und dabei wiederum Studierende überdurchschnittlich stark in den unterschiedlichsten linksextremistischen Kontexten vertreten waren. Die Besonderheit dieser Erkenntnis fällt noch deutlicher auf, vergleicht man die Alterszusammensetzung mit dem Rechtsextremismus. Bezogen auf beide Phänomenbereiche lässt sich aber seit Beginn der 1990er Jahre eine genau entgegengesetzte Entwicklung ausmachen: Während Jugendliche zuvor bezogen auf Aktivitäten, Organisationszugehörigkeit und Wahlverhalten stärker im Linksextremismus auszumachen waren, wandten sie sich seit diesem Zeitpunkt - allerdings in anderer sozialer Zusammensetzung - eher dem Rechtsextremismus zu. Der Bedeutungsverlust des Potentials „Jugendliche“ lässt sich gut anhand der Jugendorganisationen linksextremistischer Parteien ausmachen: Die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), die der DKP nahe steht, verfügt bundesweit lediglich um die 300 Mitglieder. Über die beiden der MLPD nahe stehenden Jugendverbände „Rebell“ und „Rotfüchse“ liegen keine Mitgliederzahlen vor, gleichwohl dürften sie sich auch in einem ähnlich hohen bzw. niedrigen quantitativen Bereich bewegen. Auch wenn trotzkistische Gruppen mitunter an Universitäten durch Aushänge und Plakate überaus präsent sind, kann nicht von einer breiteren politischen Verankerung in der Studentenschaft gesprochen werden. Gerade unter den akademisch Gebildeten jungen Menschen hatte es in den 1970er und 1980er Jahre relativ hohe Potentiale mit linksextremistischer Ausrichtung gegeben. Davon kann nicht mehr gesprochen werden. Beim Wahlverhaltens orientiert sich diese soziale Gruppe zwar eher nach „links“, aber im demokratischen Sinne in Richtung der Partei „Die Grünen“. Ein jugendbezogener Schwerpunkt im Linksextremismus besteht gleichwohl, nämlich in Gestalt der stark subkulturell geprägten Autonomen-Szene. Zwar gehören ihr auch „Alt-

⁹ Gleichwohl soll in dem vorliegenden Bericht auf die einschlägigen Forschungen zu dieser Partei eingegangen werden, besteht doch zumindest bezüglich des Hinweises auf linksextremistische Gruppen innerhalb der „Linken“ bzw. in deren Umfeld beim politischen Wirken ein inhaltlicher Konsens.

Autonome“ an, wovon einige sogar das Alter von 60 bereits überschritten haben. Mehrheitlich können die Anhänger dieses Teilbereichs des Linksextremismus aber der Gruppe der Jugendlichen zugerechnet werden. Offenbar üben Aktionsorientierung, Lebensgefühl und Protestaktionen der Autonomen für manche Jugendliche eine anziehende Wirkung aus, wobei aber über Motivation und Zusammensetzung dieser Szene bereits an dieser Stelle eine Wissenslücke konstatiert werden kann. Hinzu kommt noch folgendes Problem: Im Umfeld der Autonomen agieren ebenfalls jugendlich geprägte Subkulturen wie etwa die Punks, welche mitunter schwer von der linksextremistischen Strömung unterscheidbar sind. Idealtypisch weist man bei den Autonomen auf eine stärker politisch bewusste Einstellung hin, während Punks als „erlebnisorientierte Jugendliche“ gelten.

5. Einführungen, Gesamtdarstellungen und Jahrbücher

Als Beleg für die bereits in der Einleitung formulierte Auffassung, wonach es einen unterentwickelten Forschungsstand zum Linksextremismus gibt, kann das Fehlen von einschlägigen Einführungen, Gesamtdarstellungen und Handbüchern gelten. Eine Ausnahme bildet hier die Aufnahme des Linksextremismus in zwei Gesamtdarstellungen, die sich allgemein auf den Extremismus beziehen: Uwe Backes und Eckhard Jesse veröffentlichten 1989 erstmals und danach noch in mehreren Neuauflagen ihr Buch „Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland“, worin sich eine ausführliche historisch-chronologische Darstellung zur Geschichte des Linksextremismus von 1949 bis zur Gegenwart mit einer Konzentration auf den parteipolitischen Bereich findet.¹⁰ Auch Steffen Kailitz behandelt den Linksextremismus in seinem Buch „Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ von 2004, hier allerdings bezogen auf die Handlungsfelder „Gewalt“, „Intellektuelle“ und „Parteien“ im direkten Kontext mit dem Rechtsextremismus.¹¹ An nennenswerten Gesamtdarstellungen bzw. Handbüchern zum Linksextremismus können hier nur zwei Publikationen Aufmerksamkeit finden, wobei sie aus unterschiedlichen Gründen den mit dieser Bezeichnung verbundenen Anspruch nicht erfüllen: Patrick Moreau und Jürgen P. Lang veröffentlichten 1996 ihr Buch „Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr“, welches das gemeinte politische Lager aber primär in seinem Kontext mit der PDS sieht. Der

¹⁰ Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band II: Analyse, Köln 1989, zuletzt aufgelegt als: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2006.

¹¹ Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.

materialreiche Band liefert zwar eine Fülle von Informationen, aber aufgrund dieser Perspektive nur ein selektives Bild des Gesamtphänomens. Hinzu kommt noch das Fehlen von analytischen Aspekten, wozu etwa eine entwickelte Definition von Linksextremismus gehört hätte.¹² Das von Hans-Helmuth Knütter und Stefan Winckler 2002 herausgegebene Werk „Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr“ kann den im Titel formulierten Anspruch nicht einlösen, da wichtige Themen nicht behandelt werden und die eingenommene Perspektive eine stark politische von „rechts außen“ ist.¹³ Neben den wenigen erwähnten Einführungen und Gesamtdarstellungen gibt es noch drei wissenschaftliche Jahrbücher, die sich mit breiteren Themenkomplexen beschäftigen, wozu auch der Linksextremismus gehört. Als erstes genannt werden kann das Jahrbuch „Extremismus & Demokratie“, das Uwe Backes und Eckhard Jesse seit 1989 herausgeben. Es enthält in der Rubrik „Analysen“ längere Abhandlungen und in der Rubrik „Daten, Dokumente, Dossiers“ kürzere Aufsätze, Personen- und Zeitschriftenporträts auch zum Linksextremismus.¹⁴ Ebenfalls Beiträge zu diesem politischen Lager in Gestalt von wissenschaftlichen Erörterungen findet man in dem von Martin H. W. Möllers und Robert Chr. van Ooyen seit 2002 in einer Doppelausgabe veröffentlichten „Jahrbuch Öffentliche Sicherheit“ in der Rubrik „Extremismus/Radikalismus“¹⁵ und in dem von Armin Pfahl-Traugber seit 2008 herausgegebenen „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ in der Rubrik „Linksextremismus“.¹⁶

II. Forschungen zu Detailaspekten des Linksextremismus

6. Forschungen zur „Deutschen Kommunistischen Partei“

Da die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) in den 1970er und 1980er Jahren die mitgliederstärkste Partei im Linksextremismus war, erschien seinerzeit auch eine Reihe von Publikationen, die aber meist eher einen politischen denn einen wissenschaftlichen

¹² Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996.

¹³ Hans-Helmuth Knütter/Stefan Winckler (Hrsg.), Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz 2002.

¹⁴ Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 1ff., Bonn bzw. Baden-Baden 1989ff. (seit 2009 unter der Mitherausgeberschaft von Alexander Gallus).

¹⁵ Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003ff., Frankfurt/M. 2003ff.

¹⁶ Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008ff., Brühl 2008ff.

Hintergrund hatten. Letzteres gilt nicht für die informative und systematische Darstellung zur Partei, die Siegfried Heimann im „Parteien-Handbuch“ von 1983 veröffentlichte. Darin geht der Autor ausführlich und sachlich auf die Gründung und Entwicklungsgeschichte, die Ideologie und Programmatik, die Betriebs- und Kommunalpolitik, die Bündnis- und Gewerkschaftspolitik, die Organisationsstruktur und Wahlergebnisse der DKP ein.¹⁷ Hierbei fand aber ein ganz entscheidender Gesichtspunkt zur Charakterisierung der Partei keine Aufmerksamkeit: Das hohe Maß an Abhängigkeit und Steuerung durch die SED-Führung in der damaligen DDR machte die DKP zu deren Instrument in der „alten Bundesrepublik“. Teilweise erklärt sich dieses Defizit durch das geringe seinerzeitige Wissen dazu. Auch in späteren Studien fand dieser Gesichtspunkt nur am Rande Interesse. Dies gilt etwa für die von Marion Brabant, Hans-Peter Müller und Manfred Wilke vorgelegte Arbeit „Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik“ von 1990, worin sich die Autoren auf die innere Struktur der DKP, ihre Bündnispolitik im Kontext der „Friedensliste“ und die Parteikrise 1988/89 konzentrieren, wenngleich gegen Ende die Rede vom „SED-Interventionsapparat“ ist.¹⁸ In den folgenden Jahren sank das Interesse an der DKP und so erklärt sich auch der Rückgang einschlägiger Publikationen. Patrick Moreau und Hermann Gleumes veröffentlichten in dem Sammelband „Der Kommunismus in Westeuropa“ 1996 einen Aufsatz zur Situation der Partei Mitte der 1990er Jahre¹⁹ und in dem von Gerhard Hirscher und Armin Pfahl-Traughber 2008 herausgegebenen Sammelband „Was wurde aus der DKP?“ finden sich mit Ausnahme von Abhandlungen zu ihrem Parteiprogramm von 2006 oder ihrem Verhältnis zur PDS hauptsächlich historische Rückblicke.²⁰ Besondere Beachtung bei der älteren Literatur verdienen einige Arbeiten, die sich mit heute noch beachtenswerten linksextremistischen Aktivitäten beschäftigen. Hierzu gehören das von Ossip K. Flechtheim u.a. publizierte Buch „Der Marsch der DKP durch die Institutionen.“

¹⁷ Siegfried Heimann, Deutsche Kommunistische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. 1945-1980, Opladen 1983, Band 1, S. 901-981.

¹⁸ Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990.

¹⁹ Patrick Moreau/Hermann Gleumes, Die Deutsche Kommunistische Partei: Ergänzung oder Konkurrenz für die PDS?, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation, München 1998, S. 333-374.

²⁰ Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008.

Sowjetmarxistische Einflussstrategien und Ideologien“ von 1980²¹ und das von Fritz Vilmar vorgelegte Werk „Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse – und wie die Linke darauf reagiert“ von 1981²², worin anhand von Fallstudien Unterwanderungsstrategien im gewerkschaftlichen und universitären Bereich verdeutlicht wurden. Anhand der Friedensbewegung zeigte Axel Minrath ähnliches in seiner Studie „Friedenskampf. Die DKP und ihre Bündnispolitik in der Anti-Nachrüstungsbewegung“ von 1986 auf.²³ Für den Jugendbereich gelang dies Marion Brabant und Manfred Wilke in ihrem Buch „Totalitäre Träumer. Die Politik der SDAJ und die Wirklichkeit des realen Sozialismus“ von 1988 durch ihre journalistische und oberflächliche Herangehensweise nur am Rande.²⁴

7. Forschungen zu den „Kommunistischen Gruppen“

In den 1970er Jahren spielen die „Kommunistischen Gruppen“ („K-Gruppen“) innerhalb des Linksextremismus eine bedeutende Rolle: Es handelte sich dabei um kleinere Organisationen, die ideologisch am Maoismus, in Teilen auch am Stalinismus orientiert waren, nur in Ausnahmefällen über 1000 Mitglieder aufwiesen und als Parteien bei Bundes- und Landtagswahlen meist unter 0,5 Prozent der Stimmen blieben. Gegenwärtig finden die K-Gruppen lediglich dann noch öffentliche Aufmerksamkeit, wenn es um die Irrwege in der politischen Jugend eines heute bekannten Politikers geht. Eine ausführlichere Darstellung zu diesen Strömungen legte 1983 Gerd Langguth im Kontext seiner Studie „Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968“ vor. Darin findet sich eine ausführliche Beschreibung der einschlägigen Organisationen des Maoismus in der Bundesrepublik Deutschland, wobei deren ideologisches, organisatorisches und strategisches Selbstverständnis auch im Verhältnis zueinander im Zentrum steht.²⁵

²¹ Ossip K. Flechtheim/Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred Wilke, Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflussstrategien und Ideologien, Frankfurt/M. 1980.

²² Fritz Vilmar, Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse – und wie die Linke darauf reagiert, Berlin 1981.

²³ Axel Minrath, Friedenskampf. Die DKP und ihre Bündnispolitik in der Anti-Nachrüstungsbewegung, Köln 1986.

²⁴ Manfred Wilke/Marion Brabant, Totalitäre Träumer. Die Politik der SDAJ und die Wirklichkeit des realen Sozialismus, München 1988.

²⁵ Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 61-127.

Eine neuere Forschungsarbeit zum Thema stammt von Andreas Kühn und erschien 2005 unter dem Titel „Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre“. Darin geht es um die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML), die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) und den „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ (KBW), während der ebenfalls bedeutsame „Kommunistische Bund“ (KB) nicht behandelt wird. Kühn widmet sich zunächst der Gründungsphase, beschreibt das Innenleben, geht auf die Agitationsinhalte sowie die Ideologie, aber auch auf die Einschätzung des Linksterrorismus sowie die Beziehungen zu anderen linksextremistischen Organisationen ein und widmet sich abschließend den Auflösungstendenzen. Besonders hervorzuheben sind die Ausführungen zum Innenleben, wofür etwa die rigide Kaderpolitik zur Anleitung der politischen Arbeit ebenso wie das Leben in Wohngemeinschaften als Ausdruck von Kontrollmechanismen stand.²⁶ Als einzige Organisation, die nach dem Zerfall der K-Gruppen noch mit einer gewissen Relevanz existierte, kann die „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) als gegenwärtig zweitgrößte eindeutig linksextremistische Partei gelten. Zu ihr liegen aber keine ausführlicheren Forschungsarbeiten, sondern nur kürzere Gesamtdarstellungen vor. Hierzu gehören etwa Publikationen von Rudolf van Hüllen von 2007²⁷ und Armin Pfahl-Traugber von 2008²⁸ mit Überblickscharakter zu Geschichte, Ideologie und Organisation. Etwas ausführlichere Abhandlungen zur MLPD hat Helmut Müller-Enbergs im „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“ von 2008²⁹ und im „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ von 2010³⁰ vorgelegt. Dabei handelt es sich ebenfalls um Gesamtdarstellungen, worin auch auf Aspekte wie die Jugend- und Kinderorganisationen „Rebell“ und „Rotfüchse“ eingegangen wird. Der zweite Aufsatz von Müller-Enbergs widmet sich außerdem den Ergebnissen bei den Bundestagswahlen 2009 in den einzelnen Ländern.

²⁶ Andreas Kühn, *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*, Frankfurt/M. 2005.

²⁷ Rudolf van Hüllen, *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands*, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 329-331.

²⁸ Armin Pfahl-Traugber, *Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte* (26. Februar 2008), in: www.bpb.de.

²⁹ Helmut Müller-Enbergs, *Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 167-184.

³⁰ Helmut Müller-Enbergs, *Die MLPD und die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag. Ein politisches Portrait der Partei und eine empirische Auswertung der Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern*, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*, Brühl 2010, S. 319-369.

8. Forschungen zur „Marxistischen Gruppe“ und den Trotzlisten

Bei der Lektüre des vom Bundesministerium des Innern jährlich herausgegebenen Verfassungsschutzberichten fällt auf, dass bei den ebendort für die „Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten“ ausgewiesenen 25.300 Personen um die 10.000 Personen keiner dort erwähnten Gruppe oder Partei zugerechnet werden können. Nimmt man diesbezüglich einen Verfassungsschutzbericht aus einem Land wie etwa dem aus Bremen zur Kenntnis, ist ebendort von einer Gruppe „GegenStandpunkt“ die Rede. Dieser Organisation, die bis 1991 unter der Bezeichnung „Marxistische Gruppe“ (MG) firmierte, werden besagte 10.000 Personen bundesweit zugerechnet.³¹ In der Fachliteratur findet man zu ihr ebenso wenig wie in den Verfassungsschutzberichten. Eine Ausnahme stellt hier die bereits erwähnte Arbeit von Langguth „Protestbewegung“ dar. Sie enthält einen kurzen Abschnitt über die MG als Sondererscheinung der „Neuen Linken“, worin in ihrem konspirativen Wirken die Schwierigkeit zur Erlangung von Informationen über sie gesehen wird.³² Die ausführlichste Darstellung zur MG findet man demgegenüber in einer älteren Publikation des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 1995, wobei deren erste Fassung zuvor in einer Broschüre des Bundesministeriums des Innern von 1991 erschien. Darin beschrieb man die MG als eine stark konspirativ agierende Organisation: Ihr gehe es um die Besetzung gesellschaftlich bedeutsamer Posten zur Erlangung der Macht im Falle einer Revolution.³³ Die MG löste sich nach der Publikation dieser Schrift selbst auf, wolle man die Mitglieder doch nicht weiterhin einer staatlichen Verfolgung aussetzen. Vier Jahre später erschien der erwähnte Text erneut als Broschüre des Bundesamtes für Verfassungsschutz, worin über deren Fortexistenz als Gruppe um die Zeitschrift „GegenStandpunkt“ berichtet wurde.³⁴ Danach entstanden keine weiteren Studien mehr zur ehemaligen MG, mit Ausnahme eines Zeitschriftenportraits zu „GegenStandpunkt“, das 2003 Andreas Fraude im Jahrbuch „Extremismus & Demokratie“ veröffentlichte.³⁵

³¹ Vgl. Senator für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Bremen 2011, S. 45.

³² Langguth, Protestbewegung, S. 128-131.

³³ Bundesminister des Innern (Hrsg.), Die „Marxistische Gruppe“ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Bonn 1991.

³⁴ Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Marxistische Gruppe (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Köln 1995.

³⁵ Vgl. Andreas Fraude, Zeitschriftenportrait: Gegenstandpunkt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 15, Baden-Baden 2003, S. 247-262.

Eine weitere Strömung des revolutionär geprägten Marxismus im gegenwärtigen Linksextremismus stellen die Trotzlisten dar: Die Anhänger des früheren Mitstreiters von Lenin in der Oktoberrevolution von 1917 finden zwar im Verfassungsschutzbericht regelmäßig Aufmerksamkeit, an wissenschaftlichen Studien zu dieser Strömung mangelt es gleichwohl. Eine Ausnahme stellt hier die bereits erwähnte, inhaltlich veraltete Gesamtdarstellung von Langguth „Protestbewegung“ dar, worin die 1983 noch bestehenden Gruppen auch bezogen auf Fusions- und Spaltungsprozesse behandelt wurden.³⁶ An aktuellen Abhandlungen zu den Trotzlisten mangelt es, sieht man einmal von der kurzen Darstellung von Rudolf van Hüllen „Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus“ ab. Der Autor behandelt darin die in Deutschland wichtigsten Formationen mit ihren internationalen Anbindungen, ihren politischen Spezifika und ihren primären Handlungsfeldern. Dabei wird auch auf die Entrismus-Strategie zur Unterwanderung anderer Organisationen verwiesen.³⁷

9. Forschungen zur Partei „Die Linke“ bzw. „Partei des Demokratischen Sozialismus“

Über die Partei „Die Linke“ bzw. die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ liegt eine Fülle von Literatur vor. Dabei lassen sich die Publikationen in drei Rubriken einteilen: Ein Teil dieser Veröffentlichungen gibt sich als Ergebnis von Forschung aus, tatsächlich handelt es sich aber um politisch motivierte Darstellungen. Hierbei werden angeblich oder tatsächlich kritikwürdige Aspekte hervorgehoben, um so ein einseitig negatives Bild von der Partei zu zeichnen. Die Gesinnung überlagert dabei den Informationsgehalt: Hierzu zählt die von Harald Bergsdorf veröffentlichte Arbeit „Die neue ‚Linke‘. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel“ von 2008³⁸ und das von Hubertus Knabe vorgelegte Buch „Honeckers Erben. Die Wahrheit über Die Linke“ von 2009³⁹. Während sich die erstgenannte Publikation inhaltlich oberflächlich und polemisch wie die Wahlkampfschrift einer gegnerischen Partei liest, postuliert die zweite Veröffentlichung bereits im Untertitel „die Wahrheit“ für sich und behauptet simplifizierend eine weitgehende Identität mit der ehemaligen SED. Eine zweite Kategorie von Publikationen zur Partei „Die Linke“ bzw. zur PDS besteht in Analysen aus der Perspektive der Parteien- und Wahlforschung. Den Autoren geht es hierbei einerseits um die Entstehung, Entwicklung, Programmatik und Organisation der Partei und

Langguth, Protestbewegung, S. 132-151.

Rudolf van Hüllen, Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus (10. April 2008), in: www.bpb.de.

Harald Bergsdorf, Die neue ‚Linke‘. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008. Hubertus

Knabe, Honeckers Erben. Die Wahrheit über Die Linke, Berlin 2009.

andererseits um deren Einbettung im Parteiensystem und die Gründe für ihre Wahlergebnisse. Die Frage, ob es sich hier um eine extremistische Bestrebung handelt, spielt für diese Perspektive entweder keine oder nur eine marginale Rolle. Als Beispiel für derartige Publikationen kann die von Gero Neugebauer und Richard Stöss vorgelegte Arbeit „Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten“ von 1996 mit Ausführungen zu den im Untertitel genannten Themen gelten.⁴⁰ Ebenfalls in diese Kategorie fällt der von Franz Walter und seinen Mitarbeitern herausgegebene Sammelband „Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?“ von 2007, der Beiträge zu Entstehung, Führungspersonal, Fusionsprozess, Wählerschaft, Wahlkampf und Westverankerung enthält.⁴¹ Und in die dritte Rubrik von Literatur über die Partei „Die Linke“ bzw. die PDS fallen Abhandlungen, die hauptsächlich die Frage ihrer demokratischen oder extremistischen Ausrichtung behandeln. Hierzu gehört etwa die von Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang vorgelegte Arbeit „Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei“ von 2008, worin sich zwar ebenfalls Kapitel zu Geschichte, Organisation und Wahlergebnissen der Partei finden. Primär geht es den Autoren aber darum, „Die Linke“ bei aller Ambivalenz in der Einschätzung ihres Agierens als eine Form des „weichen Linksextremismus“ zu untersuchen.⁴² Eine ähnliche Perspektive hatte Jürgen P. Lang zuvor bereits in seiner Publikation „Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung“ von 2003 gewählt. Darin nahm er eine vergleichende Analyse von Ideologie, Strategie und Organisation der „Orthodoxen“ und „Reformer“ in der Partei vor und bewertete die PDS insbesondere hinsichtlich der genutzten Strategie als extremistische Partei.⁴³

10. Forschungen zum Antifaschismus als linksextremistischem Handlungsfeld

Betrachtet man das Agieren von Linksextremisten im historischen Rückblick auf die letzten Jahrzehnte, so lässt sich dabei eine Konzentration auf bestimmte politische Themenfelder mit einer Anti-Perspektive ausmachen: Antiatom, Antifaschismus, Antiglobalisierung, Antiimperialismus, Antikapitalismus, Antimilitarismus und Antirepression. Keine der genannten Auffassungen ist für sich allein genommen extremistisch: Sowohl Demokraten wie

⁴⁰ Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen 1996.

⁴¹ Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007.

⁴² Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

⁴³ Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden Baden 2003.

Extremisten engagieren sich in den genannten Themenfeldern. Sowohl Linksextremisten des gewaltorientierten wie des nicht-gewaltorientierten Bereichs dieses politischen Lagers verbinden ihre Aktivitäten dabei mit bestimmten ideologischen Deutungen und strategischen Zielsetzungen, welche etwa auf eine beabsichtigte Auflösung der Distanz von Demokraten und Linksextremisten hinauslaufen. Darauf machte bereits Wolfgang Rudzio in seiner Studie „Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland“ von 1988 aufmerksam.⁴⁴ Hinsichtlich des Agierens in den genannten Handlungsfeldern liegen aber nur zum Themenbereich „Antifaschismus“ einschlägige Studien vor: Zunächst kann hier auf die Arbeit von Antonia Grunenberg „Antifaschismus – ein deutscher Mythos“ von 1993 verwiesen werden, wobei es sich aber eher um eine ideengeschichtliche Darstellung über die politische Bedeutung des „Antifaschismus“ im Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts handelt.⁴⁵ Während darin die Instrumentalisierung dieses Begriffs bzw. Themas durch den deutschen Linksextremismus nur am Rande behandelt wird, steht dieser Aspekt im Zentrum der Darstellung von Hans-Helmuth Knütter „Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken“ von 1993. Zwar geht der Autor ebendort auf die Bedeutung des Handlungsfeldes „Antifaschismus“ für den deutschen Linksextremismus ein, gleichwohl überzeugt seine Darstellung aus unterschiedlichen Gründen nicht: Es dominieren Oberflächlichkeit und Polemik, und es fehlt an Struktur und Systematik.⁴⁶ Einen umfangreichen Sammelband zum Thema gaben Manfred Agethen, Eckhard Jesse und Ehrhart Neubert unter dem Titel „Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken“ 2002 heraus. Die Beiträge zum Antifaschismus bei den westdeutschen Linksextremisten blieben allerdings sehr allgemein und gingen nicht näher auf bestimmte Organisation ein. Solches unternahmen dann die darauf folgenden Texte, die sich auf den Antifaschismus als strategisches Element der PDS bezogen.⁴⁷ Dieses Thema bildete auch den inhaltlichen Kern der 2006 vorgelegten Fallstudie „Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht“ von Tim Peters, worin die Nutzung dieses Themas durch die Partei

⁴⁴ Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.

⁴⁵ Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993.

⁴⁶ Hans-Helmuth Knütter, Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Frankfurt/M. - Berlin 1993.

⁴⁷ Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002.

im Bereich der Ideologie, Organisation und Strategie behandelt wurde.⁴⁸ Und schließlich sei noch verwiesen auf die komprimierte Gesamtdarstellung „Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie“, die Armin Pfahl-Traughber 2010 im „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ veröffentlichte.⁴⁹

11. Forschungen zur „Rote Armee Fraktion“

Da der Linksterrorismus in Gestalt der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) in den 1970er bis 1990er Jahren auch durch die hohe mediale Aufmerksamkeit großes Interesse fand, regte dies auch viele Journalisten und Wissenschaftler zu einschlägigen Forschungen an. Daher liegen sowohl viele Gesamtdarstellungen zur Entwicklungsgeschichte wie zahlreiche Fallstudien zu Detailaspekten vor. Der folgende Überblick will dies anhand von neueren Publikationen verdeutlichen, hier aber auch auf bestimmte ältere Forschungsergebnisse verweisen: 1977 beauftragte das Bundesministerium des Innern eine interdisziplinär zusammengesetzte Gruppe von Sozialwissenschaftlern mit der Erforschung des Terrorismus, wobei die unterschiedlichen Ebenen des Phänomens untersucht werden sollten. Sie können aus den Titeln der 1981 bis 1984 publizierten Forschungsberichte bzw. Sammelbände gut vermittelt werden: „Ideologien und Strategien“⁵⁰, „Lebenslaufanalysen“⁵¹, „Gruppenprozesse“⁵², „Gewalt und Legitimität“⁵³ und „Protest und Reaktion“⁵⁴.

Als neuere Gesamtdarstellungen, die ausführlich die Geschichte der RAF behandeln, können hier zwei Publikationen genannt werden: Butz Peters legte mit seiner Arbeit „Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF“ von 2004 die auf den aktuellen Erkenntnisstand gebrachte Ausgabe einer früheren Buchpublikation vor. Darin schildert er historisch-deskriptiv ausgerichtet die Entwicklung dieser terroristischen Gruppe, wobei der Autor sich im Unterschied zu anderen Darstellungen nicht auf die Zeit der „ersten Generation“ beschränkt,

⁴⁸ Tim Peters, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006.

⁴⁹ Armin Pfahl-Traughber, Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 273-300.

⁵⁰ Iring Fetscher, Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien, Opladen 1981.

⁵¹ Herbert Jäger/Gerhard Schmidtchen/Lieselotte Süllwold, Lebenslaufanalysen, Opladen 1981.

⁵² Wanda von Bayer-Katte/Dieter Claessens/Hubert Feger/Friedhelm Neidhardt, Gruppenprozesse, Opladen 1982.

⁵³ Ulrich Matz/Gerhard Schmidtchen, Gewalt und Legitimität, Opladen 1983.

⁵⁴ Fritz Sack/Heinz Steinert, Protest und Reaktion, Opladen 1984.

sondern ebenso ausführlich auf die Zeit danach bis zur Auflösung der RAF eingeht.⁵⁵ Demgegenüber widmet Will Winkler in seinem Buch „Die Geschichte der RAF“ von 2007 dieser Zeit nur ein Kapitel und konzentriert sich ansonsten stärker auf die Vorgeschichte des deutschen Linksterrorismus.⁵⁶ Beide genannte Arbeiten stammen zwar von Journalisten, sie legen aber aufgrund ihrer eigenen intensiven Recherchetätigkeit Darstellungen vor, welche durchaus den Anspruch von Forschungsarbeiten erfüllen.

Bis in die Gegenwart hinein erschienen auch regelmäßig Fallstudien zu bestimmten Aspekten der RAF, wozu auch Biographien mit wissenschaftlichem Anspruch gehören. Dabei fällt auf, dass sich die Lebensbeschreibungen meist nur bestimmten Akteuren der ersten Reihe der RAF widmen. So liegen etwa keine ausführlicheren Biographien über Gudrun Ensslin, aber sehr wohl über Ulrike Meinhof vor. Als neueres Beispiel dafür kann die Arbeit von Kristin Wesemann „Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie“ von 2007 gelten.⁵⁷ Eine Fülle von Fallstudien mit dem neuesten Forschungsstand zum Thema RAF präsentieren die von Wolfgang Kraushaar herausgegebenen Sammelbände „Die RAF und der linke Terrorismus“ von 2006, die neben Abhandlungen zu Ideologie, Strategien und Personen auch Beiträge zu Medienberichten, Parallelorganisationen und Rezeption enthalten.⁵⁸ Trotz der relativ guten Erforschung der RAF sind noch einige Fragen ungeklärt, was etwa für die Hintergründe der Unterstützung durch die DDR-Regierung gilt.

12. Forschungen zum sonstigen Linksterrorismus

Während die Entwicklung der RAF relativ gut erforscht ist und einschlägige Studien mittlerweile ganze Bibliotheken füllen, wurden die sonstigen linksterroristischen Gruppen von der Forschung weitgehend ignoriert. Auch im medialen und öffentlichen Bewusstsein fanden Gruppen wie die „Bewegung 2. Juni“ und die „Revolutionären Zellen“ (RZ) nach ihrer aktiven Phase zwischen Anfang der 1970er und Mitte der 1990er Jahre kaum Aufmerksamkeit. Dies ist bezüglich der letztgenannten Gruppierung sowohl bezogen auf den Linksextremismus wie den Terrorismus bedauerlich: Die klandestinen Anschläge heutiger Autonomer weisen Gemeinsamkeiten in Organisation und Vorgehen mit der Praxis der RZ auf. Auch der hohe Stellenwert einer „öffentlichen Vermittlung“ von Gewalttaten gehört zu

⁵⁵ Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004.

⁵⁶ Will Winkler, Die Geschichte der RAF, Berlin 2007.

⁵⁷ Kirstin Wesemann, Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie, Baden Baden 2007.

⁵⁸ Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus (zwei Bände), Hamburg 2006.

den identischen Aspekten. Und im islamistischen Terrorismus setzte sich nach der Zerschlagung der eher zentralen Strukturen von Al Qaida vor dem 11. September 2001 eine Organisationsweise in Richtung autonom agierender, regional verankerter Zellen durch. Ausführungen zu „Bewegung 2. Juni“ und den RZ macht Bernhard Rabert in seiner Gesamtdarstellung „Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland“ von 1995. Das ebendort enthaltene ausführliche Kapitel zum Linksterrorismus in der Bundesrepublik konzentriert sich zwar hauptsächlich auf die RAF, liefert aber auch wichtige Informationen zu den beiden genannten anderen linksterroristischen Gruppen. Rabert nennt in diesem Kontext auch noch das „Sozialistische Patientenkollektiv“ (SPK) als weiteren Protagonisten. Für alle drei Gruppierungen werden Aussagen zu Geschichte und Ideologie gemacht. Darüber hinaus widmet Rabert sich besonders dem Faschismus- und Imperialismusvorwurf der RZ. Der Autor beendet seine Arbeit mit kurzen Betrachtungen zu den Unterschieden zwischen links- und rechtsterroristischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein systematischer Vergleich der erwähnten drei bzw. vier linksterroristischen Vereinigungen fehlt indessen.⁵⁹

An aktuelleren Darstellungen zur Bewegung 2. Juni und den RZ wären nur die beiden Aufsätze von Tobias Wunschik „Die *Bewegung 2. Juni*“ und von Wolfgang Kraushaar „Im Schatten der RAF. Zur Entstehungsgeschichte der *Revolutionären Zellen*“, die beide in dem erwähnten Sammelband „Die RAF und der linke Terrorismus“ erschienen, zu nennen. Wunschik geht in seinem Beitrag auf die „terroristischen Karrieren“ der Aktivisten der „Bewegung 2. Juni“, deren Ideologie und Strategie, ihre Binnenstrukturen, Entwicklung und Kontakte zur RAF ein, wobei dem Vergleich mit der letztgenannten terroristischen Gruppe ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird.⁶⁰ Kraushaar konzentriert sich in seiner Darstellung zu den RZ entsprechend des Titels auf ihre Entstehungsgeschichte, wobei auch hier die Ausrichtung an den Biographien der handelnden Akteure einen großen Stellenwert einnimmt. Dabei geht der Autor sehr stark beschreibend vor, analytische und vergleichende Gesichtspunkte finden nur geringe Aufmerksamkeit.⁶¹

13. Forschungen zur Autonomen-Szene

⁵⁹ Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 187-222 und 331-340.

⁶⁰ Tobias Wunschik, *Die Bewegung 2. Juni*, in: Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, S. 531-561.

⁶¹ Wolfgang Kraushaar, *Im Schatten der RAF. Zur Entstehungsgeschichte der Revolutionären Zellen*, in: Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, S. 583-601.

Bei den wenigen wissenschaftlichen Publikationen, die es zu den Autonomen gibt, handelt es sich meist um Diplom- oder Doktorarbeiten von ehemaligen Angehörigen oder Sympathisanten der Szene. Dies erklärt sowohl die einseitige Darstellung wie gute Quellengrundlage dieser Veröffentlichungen: Hierzu gehört die von Thomas Schultze und Almut Gross vorgelegte Arbeit „Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung“ von 1997. Darin wollen die Autoren deutlich machen, dass sich diese Szene entgegen des medialen Bildes nicht auf ihre Gewaltgeneigtheit mit dem „Stein in der Hand“ reduzieren lässt. Inhaltlich geht es um die gesellschaftliche Rahmensituation für Entstehung und Entwicklung der Szene, ihre politischen Vorläufer und spezifischen Besonderheiten, wobei Feindbilder und Gewaltauffassung, Handlungsfelder und Identität, Kampagnenpolitik und Lebenswelt, Organisationsformen und Publikationsorgane, Selbstverständnis und Zweckbündnisse im Zentrum des Interesses stehen.⁶² Aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive der Forschungen zu den Neuen Sozialen Bewegungen will sich die von Jan Schwarzmeier vorgelegte Studie „Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung“ von 2001 beschäftigen. Darin findet sich ein ausführlicherer Teil zu der Autonomen Bewegungskultur, welcher sich Aktionsformen wie der Gewaltanwendung, den Massenaktionen und Sachbeschädigungen ebenso widmet wie der Symbolik wie Kleidung, Selbstinszenierung und Vermummung. Der größte Teil der Arbeit besteht aber in der Rekonstruktion der Entwicklungsgeschichte der Autonomen von der Hausbesetzer-Bewegung in den frühen 1980er Jahren bis zu den feministischen Aktivitäten Ende der 1990er Jahre.⁶³ Beide Veröffentlichungen lassen ihre politische Sympathie für die Autonomen erkennen. Sie präsentieren aber keine systematische Fragestellung mit ausformuliertem Erkenntnisinteresse und gehen im Text nur selten über die reine Beschreibung hinaus. Letzteres geschieht indessen sehr informativ und materialreich. Und schließlich sei hier auf die Studie von Sebastian Haunss „Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung“ von 2004 verwiesen. Auch dieser Autor argumentiert aus der Perspektive der Forschungen zu Neuen Sozialen Bewegungen, formuliert aber eine klarere Fragestellung: Ihm geht es um die Prozesse, in denen soziale Bewegungen kollektive Identitäten im internen Aushandlungsprozess und im externen Austauschprozess herausbilden. Hinzu kommt dabei

⁶² Thomas Schultze/Almut Gross, Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung, Hamburg 1997.

⁶³ Jan Schwarzmeier, Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 2001.

die vergleichende Perspektive zu Autonomen und Schwulenbewegung. In den Kapiteln zu den Erstgenannten geht es zunächst um ein Profil der Bewegung bezogen auf Aktionen, Strategien und Themen und danach um die Debattenstränge zwischen 1988 und 2001 bezogen auf Geschlechterverhältnisse, Militanzfragen und Organisationsverständnis. Die dabei genutzte Diskursanalyse stellt darauf ab, dass kollektive Identitäten in sozialen Bewegungen nicht statisch, sondern veränderungsreich sind.⁶⁴

14. Forschungen zur biographischen Entwicklung von gewaltgeneigten Linksextremisten

Während der biographische Ansatz bei der Forschung zum Linksterrorismus in den 1970er bis 1990er Jahren noch häufig genutzt wurde⁶⁵, fand er später bei der Analyse von Extremismus und Terrorismus in breiterer und vergleichender Form kaum noch Verwendung. Eine Ausnahme stellt die von Saskia Lützing vorgelegte Arbeit „Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen“ von 2010 dar. In ihr sollten die jeweiligen Lebensumstände im biographischen Verlauf von islamistischen, linken und rechten Extremisten vergleichend untersucht werden, wofür qualitative Interviews mit 39 ausschließlich männlichen Akteuren die Informationsbasis bildeten. Die Befragten ordnete man dabei den Kategorien „Terroristen“, „Extremisten“, „Militante Radikale“ und „Extremismusnahe Personen“ zu. Aus dem Bereich Linksextremismus stammten neun Personen, wovon jeweils eine Person den ersten beiden und sieben Personen den letzten beiden Kategorien zugeordnet wurden.

Bei der Auswertung der Interviews sollte es hauptsächlich um die Attraktivität der jeweiligen Szenen für deren spätere Aktivisten und eine darauf bezogene vergleichende Perspektive der Extremismusbereiche gehen. In der bilanzierenden Gesamtschau kam man dabei zu dem Ergebnis, dass sich die Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse in den jeweiligen Szenen mit ganz unterschiedlichen politischen Ausrichtungen stark ähneln. Demnach spielten die ideologischen Auffassungen gegenüber den psychosozialen Grundmustern eine geringe bis marginale Rolle. Die angesprochenen Szenen bieten nach Lützing den Aktivisten eine neue Identität, welche ihnen die Kompensation von eigenen Defiziten zugunsten ihrer neuen kollektiven Zugehörigkeit ermöglichen. Bevor sich die Befragten in ihren politischen

⁶⁴ Sebastian Haunss, *Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*, Wiesbaden 2004.

⁶⁵ Vgl. u.a. Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991, S. 117-169; Peter Waldmann (Hrsg.), *Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund*, München 1993.

Kontexten engagierten, habe meist kein ausgeprägtes Interesse an Politik oder Religion bestanden. Erst nach der Integration in die jeweilige politische Gruppe nahm man nach der Studie deren ideologietypischen Argumentationsmuster und Sichtweisen an.⁶⁶ Bei der Rezeption der Arbeit sollten einige Gesichtspunkte gesonderte Beachtung finden: Zunächst einmal handelt es sich um eine qualitative Studie, die keinen Anspruch auf Repräsentativität und Verallgemeinerbarkeit erheben kann. Für den Bereich des Linksextremismus befragte man lediglich sieben Personen, wovon ein Interviewter zwar polizeilich als linksmotiviert eingestuft wurde, sich selbst aber als „eher rechts“ verortete. Darüber hinaus gehörten sowohl der Gesamtgruppe wie den Linksextremisten Befragte mit unterschiedlichen Graden extremistischer Ausrichtung mit den Extrempolen „Terroristen“ und „Extremismusnahe Personen“ an. Als offene Fragen bleiben darüber hinaus: Wenn sich die Befragten hinsichtlich der sozialen Merkmale nicht grundlegend von anderen Delinquenten unterscheiden, warum wandten sich diese dann nicht auch extremistischen Gruppen zu? Und: Wenn die psychosozialen Dynamiken von so herausragender Bedeutung sind, kann die ideologische Ausrichtung nur durch den Zufallsmoment erklärt werden?

15. Forschungen zu „linker Gewalt in Berlin“

Als Hochburg linksextremistisch motivierter Gewalt gilt Berlin, auch und gerade aufgrund des dort hohen Anteils von Angehörigen der Autonomen-Szene. Über die Besonderheiten dieser Entwicklung legte der Berliner Verfassungsschutz 2009 die Studie „Linke Gewalt in Berlin 2003 – 2008“ vor. Darin wurden für den genannten Zeitraum 835 Delikte auf Basis von Daten der Polizei zu „Politisch motivierter Gewalt – links“ ausgewertet, wobei diese Formulierung nicht nur auf linksextremistische Gewalttaten, sondern auch auf solche mit einer „linken“ Orientierung bezogen ist. Hinsichtlich der Begriffswahl und Empirie musste man sich demnach an den Vorgaben des polizeilichen Staatsschutzes orientieren. Absicht des Berliner Verfassungsschutzes war es, die Charakteristika „linker Gewalt“ in der Hauptstadt bezogen auf die Tatverdächtigen, den Tatablauf und die Opfer herauszuarbeiten. Der Studie ging es demnach lediglich um eine Analyse quantitativer Daten, man wollte aufgrund von Anlage und Datenbasis darüber hinaus keine kausalen Zusammenhänge postulieren. Hinsichtlich der Besonderheiten der Tatverdächtigen kam man zu folgenden Ergebnissen: Überwiegend handelt es sich um Männer, wobei aber in jedem fünften Fall eine Frau die

⁶⁶ Saskia Lützing u.a., Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Köln 2010.

Tatverdächtige war. Das Durchschnittsalter lag bei 23,5 Jahren, und die Hälfte der Tatverdächtigen waren zwischen 18 und 24 Jahre alt. Ab einem Alter von 30 Jahren nahm die Gewaltneigung deutlich ab, was bezüglich der „linken Gewalt“ für ein jugendspezifisches Phänomen spricht. Hinsichtlich der formalen Bildung konnten im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung keine Besonderheiten ausgemacht werden. Als auffällig gilt demgegenüber der mit knapp über 40 Prozent relativ hohe Anteil von Arbeitslosen unter den Tatverdächtigen. Überwiegend wurden die Gewalttaten aus einer größeren Gruppe mit mehr als zehn Tatbeteiligten heraus begangen. Und bei den Objekten der Gewalttaten fiel auf, dass es sich meist um Institutionen und ihre Angehörigen handelte, was an dem mit fast zwei Drittel besonders hohen Anteil von betroffenen Polizeibeamten ablesbar ist. Eine Besonderheit der Studie „Linke Gewalt in Berlin“ bestand in einem Vergleich mit „Rechter Gewalt in Berlin“, wozu der Berliner Verfassungsschutz bereits zuvor zwei Studien veröffentlicht hatte.⁶⁷ Mit der komparativen Betrachtung wollte man keine Gleichsetzung vornehmen, sondern mit der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden die Konturen „linker Gewalt“ herausarbeiten: Danach bestanden Gemeinsamkeiten in der Altersverteilung bei jeweils um die Hälfte zwischen 18 und 24 Jahren und dem relativ hohen Anteil von Arbeitslosen von jeweils über 40 Prozent. Unterschiede bei den „linken“ Tatverdächtigen ließen sich in dem höheren Anteil von Frauen, dem höheren Bildungsstand und dem niedrigeren Anteil von zuvor kriminell aufgefallenen Personen feststellen. Außerdem war „linke Gewalt“ häufiger mit Demonstrationsdelikten verbunden, weniger gegen Menschen gerichtet und ging stärker mit Brandanschlägen einher. Die „linke“ wie die „rechte Gewalt“ wies darüber hinaus Ähnlichkeiten mit unpolitischer Jugendgruppengewalt auf.⁶⁸

16. Forschungen zur Gewalt am 1. Mai in Berlin

Fragt man nach den Ereignissen, die in der öffentlichen Wahrnehmung mit linksextremistisch motivierter Gewalt direkt in Verbindung gebracht werden, so finden dabei die Ausschreitungen zum „revolutionärer Ersten Mai“ in Berlin meist an erster Stelle Erwähnung. Seit 1987 kommt es im zeitlichen Umfeld dieses Tages regelmäßig zu gewalttätigen

⁶⁷ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Rechte Gewalt in Berlin. 1997-2003, 2. Auflage, Berlin 2006; Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Rechte Gewalt in Berlin. 2003-2006, Berlin 2007.

⁶⁸ Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Linke Gewalt in Berlin, Berlin 2009.

Krawallen, wobei insbesondere Autonome als Akteure ausgemacht werden konnten.⁶⁹ Gleichwohl bedarf es des differenzierten Blicks: Zwar standen die hier gemeinten Proteste zu Beginn in einem politischen Kontext. Im Laufe der folgenden Jahre ritualisierten und verselbständigten sich aber die Ausschreitungen am 1. Mai. Neben Angehörigen der Autonomen-Szene nahmen daran auch eher unpolitische Jugendliche teil, welche offenbar aus Freude an Gewalthandlungen bei diesen Krawallen mitmachten. Gelegentlich kritisierten Autonome deren Agieren sogar als „völlig entpolitisierte Aktionen“. Insofern können die Gewalttaten am 1. Mai in Berlin nicht pauschal der linksextremistischen Szene zugerechnet werden. Gleichwohl verdienen einschlägige Forschungsergebnisse für das Wissen um den Linksextremismus großes Interesse. Bislang liegt dazu nur die Studie „Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin“ von Klaus Hoffmann-Holland vor. Ihr geht es um die Qualität und Quantität der gewaltsamen Auseinandersetzungen bezogen auf Akteure, Motivationen, Aktionen und Interaktionen, wobei Akten über Festgenommene, Interviews mit strafrechtlich Verfolgten und Nicht-Verfolgten und Einträge in Weblogs ausgewertet wurden. Der dadurch entstandene Erkenntnisgewinn ist allerdings eher gering, da die Daten aus verschiedenen Gründen nicht als repräsentativ gelten können. Dies betrifft auch die Aussagen über politisch motivierte Festgenommene, wobei die Zuordnung durch die Strafverfolgungsbehörden und nicht durch die Wissenschaftler erfolgte. Aufgrund der besonderen Erkenntnisinteressen der Polizei lieferten die Akten zwar eine Fülle von statistischen Daten, enthielten aber kaum Informationen zu einer verstehenden Analyse von Gewaltphänomenen. Über die Festgenommenen konnte etwa lediglich konstatiert werden, dass sie nahezu ausschließlich männlichen Geschlechts waren, ihr Durchschnittsalter bei 22,5 Jahren lag und die überwiegende Mehrheit ausschließlich die deutsche Staatsbürgerschaft hatte. Angaben zum Bildungsstand lagen nur bei einem Viertel der Festgenommenen vor, wodurch sich hier ebenso wie in anderen Fällen Verallgemeinerungen aufgrund der geringen Repräsentativität verbieten. Selbst aus der Aussage, dass etwas mehr als die Hälfte aller Festgenommenen unter der Einwirkung von Alkohol standen, lassen sich keine genaueren Erkenntnisse ableiten, da wohlmöglich bei den Festnahmen auf die Durchführung einer Alkoholmessung verzichtet wurde. Angaben zu möglichen politischen Hintergründen der Festgenommenen fanden sich lediglich in knapp über 7 Prozent der Verfahrensakten. Darüber hinaus lassen sich bezüglich

⁶⁹ Vgl. Frauke Lehmann/Norbert Meyerhöfer, „Wünsche mir, dass es irgendwann so kracht wie früher“. Revolutionärer 1. Mai als linksradikales Ritual, in: Dieter Rucht (Hrsg.), Berlin, 1. Mai 2002. Politische Demonstrationsrituale, Opladen 2003, S. 55-100.

vieler anderer Aspekte keine verallgemeinerbaren Erkenntnisse gewinnen, da aufgrund der geringen Fallzahlen repräsentative Aussagen nicht formuliert werden können.⁷⁰

III. Defizite der Forschung und Anregungen zum Forschungsbedarf

17. Defizite bezüglich einer differenzierten Gesamtdarstellung zum Linksextremismus

Bereits zu Beginn wurde darauf hingewiesen, dass keine differenzierte Gesamtdarstellung zum Linksextremismus in Deutschland vorliegt. Während zum Rechtsextremismus eine Reihe von einschlägigen Publikationen und Sammelbänden⁷¹ existiert, erschien zuletzt eine solche Veröffentlichung über den Linksextremismus 1996.⁷² Eine Gesamtdarstellung zum Linksextremismus hätte nicht nur die Aufgabe, den aktuellen Entwicklungsstand in diesem politischen Lager darzustellen. Am Beginn sollte eine ausführliche Auseinandersetzung im theoretischen Sinne bezogen auf Definition und Typologien stehen. Dabei bedarf es einer klaren Begriffsbestimmung von Linksextremismus, auch im Unterschied zu anderen Extremismusformen bzw. Phänomenen. Darüber hinaus wäre das besonders Extremistische am Anarchismus und Marxismus in diesem Kontext darzustellen, wobei der Unterschied beim Aufgreifen bestimmter Themen wie Globalisierungs- oder Kapitalismuskritik zwischen einer linksdemokratischen und linksextremistischen Position deutlich zu machen wäre. Dazu besteht ebenso ein Defizit mit Blick in die einschlägige Literatur wie eine aktuelle und kritische Bestandsaufnahme zu den kommunistisch bzw. marxistisch geprägten Strömungen im aktuellen Linksextremismus. Während sie in den 1970er und 1980er Jahren in politischen und wissenschaftlichen Publikationen zum Teil große Aufmerksamkeit fanden, liegen kaum bis gar keine Analysen für den Zeitraum der 1990er Jahre bis in die Gegenwart vor. Hier und da mag dies aufgrund der sinkenden politischen Relevanz und starken Überalterung der

⁷⁰ Klaus Hoffmann-Holland, Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin. Triangulierte Kriminologische Studie, Berlin 2010.

⁷¹ Vgl. etwa als Gesamtdarstellungen Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage, München 2006; Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, 4. Auflage, Berlin 2011 und als Sammelbände Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten: Hintergründe - Analysen - Antworten, Wiesbaden 2009; Thomas Grunke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002.

⁷² Die Bundeszentrale für politische Bildung plant die Herausgabe eines Sammelbandes zum Thema für 2011. Dieses Werk liegt gegenwärtig aber noch nicht vor.

einschlägigen Organisationen nachvollziehbar sein. Gleichwohl bedarf es durchaus einer entsprechenden Bestandsaufnahme. Dies gilt auch und gerade für die breiter aktiven und politisch einflussreichen Linksextremisten in diesem Teilbereich, wozu etwa die „Marxistische Gruppe“ oder die Trotzlisten mit ihrer unterschiedlich ausgerichteten Unterwanderungspolitik gehören. Gleichwohl stellt sich hier sicherlich auch das Problem, überhaupt an geeignetes Informationsmaterial heran zu kommen.

Ähnlich verhält es sich hinsichtlich des anarchistisch ausgerichteten und gewaltgeneigten Teils des Linksextremismus. Während die traditionell ausgerichteten Strömungen des Anarchismus mehr durch ihre Publikationen auf sich aufmerksam machen, bilden die Autonomen als eine subkulturell geprägte Erscheinungsform des Linksextremismus phänomenologisch ein besonderes Phänomen. Dazu bedarf es dann in allgemeiner Form wie bezogen auf das Gewaltverständnis und die Gewalttaten besonderer Forschungen, welche durch eine solche Gesamtdarstellung teilweise angeleitet sein oder später in ihr aufgehen könnten. Da Linksextremismus wie alle anderen Formen des Extremismus nicht in völliger gesellschaftlicher Isolation, sondern im Kontext sozialer Rahmenbedingungen agieren, müsste eine Gesamtdarstellung auch diese Dimension mit einbeziehen. Nur so können Aussagen über die gesellschaftliche Relevanz und das politische Gefahrenpotential bezogen auf die ganze Gesellschaft oder bestimmte Teilbereiche formuliert werden.

18. Forschungsdefizite hinsichtlich der marxistischen Teile des Linksextremismus

Nach 1990 ging die Bedeutung der meisten marxistisch geprägten Teile des Linksextremismus zurück, wobei diese Entwicklung nicht nur bei den an der DDR oder der Sowjetunion orientierten Strömungen auszumachen war. Damit schwand auch das Interesse der Forschung, regelmäßige Informationen zu den einschlägigen Organisationen lieferten mit Ausnahme weniger Aufsätze in den erwähnten Jahrbüchern nur noch die jährlichen Verfassungsschutzberichte. Hierdurch kann auch nicht mehr ansatzweise von einem entwickelten Forschungsstand zu den aktuellen Erscheinungsformen dieses Bereichs des Linksextremismus gesprochen werden. Dies mag bezogen auf Parteien wie die DKP und die MLPD mit über 4000 bzw. um die 2000 Mitgliedern und Wahlergebnissen unter 0,3 Prozent der Stimmen verständlich und verzeihlich sein. Gelegentlich konnten aber auch solche Organisationen einen gewissen Einfluss erlangen, wie etwa die MLPD bei den beginnenden „Montagsdemonstrationen“ gegen die Einführung von Hartz IV.

Noch mehr trifft dies unter rein quantitativer Betrachtung auf die - noch dazu in verschiedene Gruppierungen aufgespaltenen - Trozlisten mit einer Gesamtzahl von unter 2000 Anhängern zu. Gleichwohl konnten Aktivisten aus diesen Bestrebungen in den 1990er und 2000er Jahren durch ihre „Entrismus“-Strategie einer Unterwanderung größerer „linker“ Bewegungen oder Gruppierungen einen gewissen Einfluss erlangen. Hierzu gehörte das globalisierungskritische Netzwerk „Attac“, die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ und die Partei „Die Linke“. Eine Erforschung der dabei genutzten Strategien und Techniken dürfte hier wichtige Erkenntnisse erbringen. Immerhin handelt es sich um ein Vorgehen, das auch bei anderen Linksextremisten auszumachen ist. Ähnlich wie Rechtsextremisten durch das Phänomen „Autonome Nationalisten“ oder die Öffentlichkeitsarbeit der „Wortergreifungsstrategie“ einige Handlungsweisen von Linksextremisten übernommen haben, könnte dies hinsichtlich des „Entrismus“ auch geschehen.

Und schließlich sei in diesem Kontext auf das geringe öffentliche Wissen um die Gruppe „GegenStandpunkt“ bzw. die „Marxistische Gruppe“ verwiesen. Immerhin rechnen ihr die Verfassungsschutzbehörden 10.000 Personen zu, was fast ein Drittel des linksextremistischen Personenpotentials darstellt. Über deren Aktivitäten äußern sich die Ämter in den von ihren Innenministerien bzw. –senaten herausgegebenen Jahresberichten entweder gar nicht oder nur sehr knapp. Sollte es aber zutreffen, dass die gemeinten Personenzusammenschlüsse sich überwiegend aus Akademikern zusammensetzen und ein konspiratives Verhalten an den Tag legen, so bedürfte dieses Phänomen allein schon aufgrund seiner ungewöhnlichen Aktivitäten und Organisationsform einer einschlägigen Erforschung. Ob dies angesichts der von den Verfassungsschutzbehörden postulierten konspirativen Vorgehensweise überhaupt möglich wäre, müsste dann gesondert geklärt werden. Immerhin kann man ihre Publikationen wie der „GegenStandpunkt“ auswerten und die öffentlichen Vortragsveranstaltungen besuchen.

19. Forschungsdefizite im Bereich linksextremistischen Engagements in Protestbewegungen

Linksextremisten konnten im Unterschied zu Rechtsextremisten weitaus stärker in Protestbewegungen zu so unterschiedlichen Themen wie etwa der Antiatombewegung, der Antiglobalisierungsbewegung, der Frauenbewegung, der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung oder der Studentenbewegung wirken. Dabei betätigen sie sich in einschlägigen Handlungsfeldern, die innerhalb der breiteren Öffentlichkeit entweder positiv besetzt sind wie etwa die Gegnerschaft zum Rechtsextremismus („Antifaschismus“) oder zumindest nicht pauschal als linksextremistisch gelten wie etwa die Kritik am Vorgehen der

Polizei bei Demonstrationen („Antirepression“). Derartiges Engagement vor allem in Protestbewegungen dient Linksextremisten dazu, aus ihrer politischen Isolation heraus auch in Kontexten von Demokraten zu wirken. Über das diesbezügliche Vorgehen liegen aber keine Studien vor, sieht man einmal von den erwähnten veralteten Analysen aus den 1980er Jahren zur Arbeit der DKP in der Friedensbewegung oder in den Gewerkschaften ab. Innerhalb der Bewegungsforschung⁷³ wie den Protestbewegungen selbst widmete man dem Thema keine große Aufmerksamkeit, da so der Eindruck von Ausgrenzungsabsichten oder einer Verfassungsschutzperspektive aufgekommen wäre. Gleichwohl liegt es im objektiven Interesse der Mehrheit der demokratischen und gewaltfreien Aktivisten in solchen Protestbewegungen, dass sie nicht von Anhängern sozialistischer Diktaturen oder gewalttätigen Vorgehens für deren Interessen missbraucht werden. Um nun aber derartiges mal offen, mal verdeckt praktizierte Agieren von Linksextremisten erkennen zu können, bedarf es auch des Wissens um die unterschiedlichen Vorgehensweisen. Hierzu sollten die Methoden von ganz unterschiedlichen Linksextremisten erforscht werden: Die Bildung eines „schwarzen Blocks“ von Autonomen bei einer Demonstration steht für solches Agieren ebenso wie die zeitweilige Unterwanderung bestimmter Arbeitskreise des globalisierungskritischen Netzwerks „Attac“ durch Troztkisten.

Gerade dadurch, dass Protestbewegungen eher locker und wenig organisiert und strukturiert sind, bieten sie einheitlich agierenden kleineren Gruppen die Möglichkeit zur Unterwanderung. Hier sollten am Beispiel von konkreten Fällen die Methoden und Techniken des Vorgehens exemplarisch aufgearbeitet werden. So lassen sich Muster und Strategien für eine derartige Praxis von Linksextremisten erkennen und öffentlich machen. Damit einhergehende Folgen in Gestalt der Ausgrenzung von Antidemokraten und Gewalttätern würden einerseits zu einer Deeskalation bei einschlägigen Protestdemonstrationen führen und andererseits ein staatliches Misstrauen gegenüber solchen Bewegungen minimieren. Dass so etwas funktionieren kann, belegt der Umgang mit Rechtsextremisten. Die Analyse der politischen Prozesse zu deren Ausgrenzung dürfte bei einschlägigen Forschungen auch als gelungenes Vergleichsbeispiel dienen. Letztendlich kommt es bei der Distanz gegenüber Linksextremisten aber auf den klaren politischen Willen an.

20. Forschungsdefizite im Bereich der Autonomen-Szene allgemein

⁷³ Vgl. Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/M. 2008, das aktuelle Standardwerk zum Thema, worin sich aber kein Beitrag zum Einfluss von Extremisten findet.

Betrachtet man bilanzierend das durch Sicherheitsbehörden und den Sozialwissenschaften vorgetragene Wissen über die jugendspezifische Autonomen-Szene, so lassen sich in vielen Bereichen erhebliche Defizite konstatieren: Dies gilt zunächst für eine trennscharfe Definition des überhaupt mit der Autonomen-Szene gemeinten Phänomens. Zwar gestaltet sich die Herausarbeitung von besonderen Merkmalen bei subkulturell geprägten Bestrebungen grundsätzlich schwierig, gibt es doch fließende Übergänge in ähnliche und verwandte Bewegungen oder Gruppen. Gleichwohl bedarf es zumindest einer Benennung von idealtypischen Merkmalen, um den gemeinten Phänomenbereich identifizieren zu können. Hierbei sollten Kriterien für die Bereiche Ideologie, Organisation und Strategie herausgearbeitet werden. Mitunter würden dabei bestimmte Erscheinungsformen nicht mehr der Autonomen-Szene zurechenbar sein, etwa wenn es bei einzelnen Gruppen eine stärkere Hinwendung zu marxistischer Ideologie oder festeren Organisationsstrukturen gibt. Ein weiteres Defizit hinsichtlich des Wissens über die Autonomen-Szene bezieht sich auf deren soziale Zusammensetzung. In den bisherigen Publikationen findet man dazu entweder gar keine Angaben oder diffuse Schätzungen. Relevant wären hier Daten über die Anteile von männlichen und weiblichen Angehörigen, aber auch über die Altersverteilung der zwar überwiegend jugendlich geprägten, aber auch „Alt-Autonomie“-Aktivisten aufweisenden Szene. Darüber hinaus bedarf es Angaben über die formale Bildung und sozialen Herkunft der Anhänger dieses subkulturell geprägten Teils des Linksextremismus. Über die quantitative Dimension derartigen Wissens hinaus verdienen qualitative Gesichtspunkte nähere Aufmerksamkeit. Hierzu gehört das ebendort vertretene politische Denken in formaler und inhaltlicher Sicht. Letzteres bezieht sich auf die ideologische Einordnung im Spannungsfeld von Anarchismus und Kommunismus. Mit dem formalen Aspekt wären Aussagen über den Entwicklungsgrad des dort präsenten politischen Bewusstseins verbunden. In politisch ausgerichteten subkulturell geprägten Bestrebungen spielen sowohl ideologische wie lebensweltliche Aspekte eine wichtige Rolle. Dies gilt für die erstmalige Beteiligung, das entwickelte Engagement, den genutzten Handlungsstil und den zeitlichen Verbleib, kurz für die Abgrenzungs- und Identitätsbedürfnisse der Beteiligten. Beide Gesichtspunkte, also die politische und die subkulturelle Dimension, müssen sich übrigens keineswegs widersprechen. Meist kommt ihnen gleichzeitig Bedeutung und Relevanz zu, es bedarf dann jeweils einer differenzierten Gewichtung beider Gesichtspunkte in ihrem Wechselverhältnis zueinander. Auch in dieser Hinsicht besteht ein Forschungsdefizit. Dessen Aufhebung würde Erkenntnisse über die sozialen Funktionen und den inhaltlichen Nutzen einer Szene-Angehörigkeit

erbringen. So lassen sich wichtige Erkenntnisse über die Hintergründe und Motive für das Engagement in der Autonomen-Szene gewinnen, welche die Basis für die Entwicklung von Präventionsmaßnahmen liefern könnten.

21. Forschungsdefizite bezogen auf die Analyse von Primärquellen der Autonomen-Szene

Da die Autonomen-Szene seit Beginn der 1980er Jahre besteht und sie durchaus als publikationsfreudig hinsichtlich ihrer politischen Positionen anzusehen ist, verwundert das Fehlen einschlägiger Analysen von Primärquellen. Hierzu gehören einschlägige Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. In die erstgenannte Kategorie fallen etwa Schriften wie von „Geronimo“ das Buch „Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen“ von 1990⁷⁴ oder von „A. G. Grauwacke“ die Publikation „Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren“ von 2003⁷⁵ bzw. von „Geronimo“ der Titel „Feuer und Flamme 2. Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen“ von 1992⁷⁶ und von „AK Wantok“ das Werk „Perspektiven autonomer Politik“ von 2010⁷⁷. Hierbei handelt es sich um szeninterne „Klassiker“ und „Kult-Literatur“, wofür es sowohl aus szenexterner wie szeninterner Sicht gute Gründe gibt. Gleichwohl liegen dazu mit Ausnahme gelegentlicher Bezüge und Hinweise in der Sekundärliteratur noch keine ausführlicheren Analysen vor. Dies gilt auch und gerade für die regelmäßig erscheinenden Publikationen aus dem Umfeld der Autonomen, wozu aktuell die „Interim“, früher die „Radikal“ oder regional die „Zeck“ gehörten bzw. gehören. Lediglich über die letztgenannte Zeitschrift existiert ein einschlägiges Portrait aus Sicht der Extremismusforschung.⁷⁸ Darüber hinaus gibt es keine gesonderten, veröffentlichten Analysen, welche die darin enthaltenen Texte systematisch über eine bestimmte Fragestellung bzw. mittels eines spezifischen Kriterienkatalogs untersuchen. Immerhin handelt es sich um so bedeutsame wie unterschiedliche Papiere wie politische Anschlagbekennungen, programmatische Erklärungen, organisationsbezogene Konzepte oder strategische Überlegungen. Sowohl aus den oben erwähnten Monographien wie aus den letztgenannten Zeitschriften lassen sich bezogen auf das Selbstverständnis der Autonomen

⁷⁴ Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Berlin 1990.

⁷⁵ A. G. Grauwacke, Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin 2003.

⁷⁶ Geronimo u.a., Feuer und Flamme 2. Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen, Berlin 1992.

⁷⁷ AK Wantok (Hrsg.), Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010

⁷⁸ Vgl. Karsten Dustin Hoffmann, Zeitschriftenporträt Zeck, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 21, Baden-Baden 2010, S. 239-256.

wichtige Erkenntnisse zu Attraktivität, Gewaltauffassungen, Konflikten, Legitimationsmustern, Politikauffassungen oder Vorgehensweisen der Szene erlangen. Die bisherige Zurückhaltung in der Forschung erklärt sich nicht primär, aber wohl auch damit, dass die Autonomen-Szene kein homogenes Phänomen darstellt und das Konstatieren von Besonderheiten recht schnell mit Verweis auf gegenteilige Tendenzen widerlegt werden kann. Solche Gegebenheiten erschweren einschlägige Analysen, sie machen sie aber nicht unmöglich. Hier kann bzw. muss mit Differenzierungen von Kategorien und Typologien gearbeitet werden. Dies würde etwa für folgende Gesichtspunkte gelten: Einige Gruppen sind stärker von älteren, einige Gruppen sind stärker von jüngeren Autonomen geprägt. In einigen Gruppen spielt die aktionsbezogene Ausrichtung eine größere Rolle als die ideologiebezogene Orientierung. In einigen Gruppen kommt Gewalt der Charakter eines konkreten Mittels, in anderen Gruppen eher der eines inneren Erlebnisses zu. In einigen Gruppen zeichnet sich eine stärkere Orientierung in Richtung marxistischer Ideologie ab, in anderen Gruppen lässt sich der allgemeine Bedeutungsverlust von Ideologie ausmachen.

22. Forschungsdefizite im Bereich linksextremistisch motivierter Gewalt

Während die Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten durch einschlägige Studien als relativ gut erforscht gelten können⁷⁹, besteht bezüglich der Hintergründe linksextremistisch motivierter Gewalttaten eine Lücke in der Forschung. Darüber kann auch nicht die erwähnte Verfassungsschutz-Studie zu „Linker Gewalt in Berlin“ hinwegtäuschen. Sie enthält zwar erkenntnisreiche Informationen über die Täter, Tathintergründe und Opfer, wobei sie sich aber nur auf die Daten aus der Statistik der Polizei stützen konnten. Da diese für deren behördliche Sicht, aber nicht für externe sozialwissenschaftliche Untersuchungen erhoben wurden, sind sie für nähere Analysen und Einschätzungen linksextremistischer Gewalttaten in einem qualitativen Sinne nur eingeschränkt nutzbar. Darüber hinaus muss die Aussagekraft von Polizeistatistiken hier relativiert werden, enthalten sie erstens doch nur Hellfeld-Daten, zweitens nur Angaben zu Tatverdächtigen und nicht Verurteilten und drittens sind Tatverdächtige nur zu relativ wenigen Angaben verpflichtet.⁸⁰

⁷⁹ Vgl. u.a. Klaus Wahl u.a., Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention, Opladen 2003.

Helmut Willems u.a., Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen – Täter – Konflikteskalation, Opladen 1993.

⁸⁰ Vgl. Michael Kohlstruck, Zur aktuellen Debatte um politische Gewalt in der Metropole Berlin (Expertisen für Demokratie, Nr. 2/2010, herausgegeben von der Friedrich Ebert-Stiftung), Berlin 2010, S. 6.

Neben diesen Einwänden aus sozialwissenschaftlicher Sicht können noch andere Kritiken formuliert werden, etwas zur Frage der Motivation der Gewaltakte im Spannungsfeld von Ideologie und Happening oder der Repräsentativität der Daten zu Taten und Tatverdächtigen.⁸¹ Vor ähnlichen Problemen stand auch die erwähnte Studie zu Gewalt am 1. Mai 2009. Hier offenbart sich eine - angesichts der mittlerweile jahrzehntelangen Kontinuität einschlägiger Gewalttaten erstaunliche - Lücke in der bisherigen Forschung. An das bislang erreichte Niveau der Analysen zu allgemein fremdenfeindlich bzw. rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten oder bezogen auf spezielle Delikte wie Brandstiftungen mit gleichlautender Motivation reicht das Wissen über linksextremistisch motivierte Gewalttaten nicht heran. Insofern besteht hier ein entsprechender Forschungsbedarf, wobei man sich methodisch an die bislang vorliegenden Studien zur rechtsextremistisch motivierten Gewalt anlehnen und dabei auch aus vergleichender Perspektive Erkenntnisse gewinnen kann. Bei solchen Forschungen wären folgende Gesichtspunkte von besonderem Interesse: Zunächst einmal ginge es um eine trennscharfe Erfassung von linksextremistisch motivierter Gewalt im Unterschied zu ähnlich gelagerten Fällen von eher unpolitischen Tätern. Danach wären sozialstrukturelle Daten wie Alter, Berufstätigkeit, Bildung und Geschlecht sowie qualitative Informationen zu Gewaltverständnis, Ideologie, Politikverständnis und Szenezugehörigkeiten zu ermitteln. Eine Forschungsarbeit in Richtung linksextremistischer Gewalt sollte sich aber nicht nur auf die Auswertung von Akten konzentrieren, sondern um der analytische Tiefe willen eine breite Methodenvielfalt in Anwendung bringen. Hierzu gehörten auch Tiefeninterviews mit Straftätern, welche wie bei den Analysen zu rechtsextremistisch motivierter Gewalt Erkenntnisse über Ursachen in der frühkindlichen Sozialisation erbringen könnten. Auch bei den Gesichtspunkten „erfahrene Erziehung“ und „soziale Herkunft“ bieten sich vergleichende Betrachtungen zu anders motivierten Gewalttätern an.

23. Forschungsdefizite zu vergleichenden Betrachtungen

In der wissenschaftlichen Literatur zum Linksextremismus mangelt es an vergleichenden Betrachtungen zu anderen Extremismusformen wie beispielsweise dem Rechtsextremismus aber auch zu unpolitischen Phänomenen wie etwa den Punks als Jugendkultur. Für den erstgenannten Bereich gibt es auch Ausnahmen, wofür hier exemplarisch eine Abhandlung von Uwe Backes zu „Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – vergleichende

Vgl. ebenda, S. 7 und 10.

Betrachtungen⁸² oder von Armin Pfahl-Traughber zu „'Antiamerikanismus' und Antiwestlertum' von links und rechts“⁸³ stehen. Entgegen der Fehlwahrnehmung mancher kritischer Stimmen geht es bei solchen Vergleichen nicht um eine Gleichsetzung. Auch wenn im Alltagssprachgebrauch das jeweils Gemeinte durcheinander geht, sei hier noch einmal ausdrücklich daran erinnert: Ein Vergleich ist ein methodisches Verfahren, das ergebnisoffen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden fragt. Eine Gleichsetzung steht für das Ergebnis einer solchen komparativen Betrachtung.

Worin bestünde nun der Erkenntnisgewinn einer stärker vergleichenden Betrachtung auf den Links- und Rechtsextremismus bzw. auf den Linksextremismus und unpolitische Phänomene? Durch die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden können die Besonderheiten des jeweils primär untersuchten Phänomens viel deutlicher herausgearbeitet werden. So lassen sich die Alleinstellungsmerkmale der konkret untersuchten linksextremistischen Bestrebung gut erkennen. Dies sei hier am Beispiel einer vergleichenden Betrachtung von Autonomen, Punks und Skinheads kurz angedeutet: Autonome und Punks weisen offensichtlich eine Fülle von Gemeinsamkeiten im subkulturellen Selbstverständnis in Habitus, Kleidung, Musikvorlieben und Zusammenhalt auf. In der stärker politischen Ausrichtung der Autonomen sieht man allgemein den zentralen Unterschied. Hier könnten vergleichende Betrachtungen zur Sozialstruktur der Autonomen und Punks zu Erkenntnissen über die besonderen Ursachen einer Hinwendung zu der politischen Autonomen-Szene führen. Eine vergleichende Betrachtung von Autonomen und Skinheads legitimiert sich durch deren hohe Gewaltbereitschaft und subkulturelle Prägung. Dabei bestehen aber offenkundig bedeutende Unterschiede im Gewaltverständnis sowohl bezogen auf die allgemeine Richtung gegen Personen oder Sachen als auch für die Intensität der jeweiligen Brutalität als auch hinsichtlich der konkreten Opfer und Ziele. Möglicherweise lassen sich aber bei den Motiven für den Einstieg ebenso wie für den Ausstieg aus den jeweiligen Szenen Gemeinsamkeiten ausmachen, welche mit der sozialen Attraktivität jugendlicher Subkulturen und weniger mit deren politischer Ausrichtung zu tun haben. In den formulierten Andeutungen verstecken sich Hypothesen über die Besonderheiten, aber auch Gemeinsamkeiten der Autonomen und Skinheads. Erst eine einschlägige Studie, die nicht nur quantitativ in Form einer statistischen

⁸² Uwe Backes, Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen, in: Politische Studien, Themenheft 1/2007: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, S. 31-43.

⁸³ Armin Pfahl-Traughber, „Antiamerikanismus“ und „Antiwestlertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München 1997, S. 193-217.

Datenerhebung, sondern stärker qualitativ in Richtung von mehreren Tiefeninterviews ausgerichtet sein sollte, könnte hierzu empirisch tragfähig Auskunft geben.

24. Forschungsdefizite zu linksextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung

Und schließlich sei noch auf die Forschungsdefizite bezüglich der linksextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung verwiesen: In den letzten Jahrzehnten wurden zahlreiche empirische Untersuchungen über die Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in der Gesellschaft entweder in allgemeiner Form oder bezogen auf bestimmte Einstellungen wie Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit oder Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durchgeführt. So gewann man nicht nur Erkenntnisse über die quantitative Verbreitung einschlägiger Einstellungen, konnten doch auch Informationen über die sozialstrukturellen Besonderheiten einschlägig orientierter Personen ermittelt werden. Bezüglich der linksextremistischen Einstellungen lässt sich noch nicht einmal in Ansätzen von einem ähnlichen Wissen sprechen. Zwar existieren ältere⁸⁴ und neuere⁸⁵ Arbeiten, worin darauf Bezug genommen wurde. Aber an einer umfangreichen Untersuchung zu Akzeptanz von und Motivation zu linksextremistischen Einstellungen mangelt es.

Nur auf Basis solcher Studien könnten Aussagen darüber getroffen werden, inwieweit in der Gesellschaft Potentiale zu Mobilisierung und Politisierung im linksextremistischen Sinne bestehen. Eine solche empirische Untersuchung würde nicht nur Aussagen über die quantitative Dimension solcher Einstellungen erbringen. Darüber hinaus könnten auch aufschlussreiche Erkenntnisse über deren Verteilung ermittelt werden. Hierbei wäre etwa interessant, wie es mit den Anteilen in West- und Ostdeutschland im Lichte einer unterschiedlichen politischen Sozialisation in der „alten“ Bundesrepublik und in der DDR bestellt ist. Darüber hinaus könnten Erkenntnisse über das Ausmaß derartiger Einstellungen in bestimmten sozialen Gruppen gewonnen werden. Hierbei ließe sich auch die Annahme, wonach Jugendliche und Studenten besonders für solche Auffassungen empfänglich seien, einer kritischen Prüfung unterziehen. Gleiches gilt für die Betroffenheit von längerfristiger Arbeitslosigkeit oder sozialem Abstieg.

⁸⁴ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Erp Ring, Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik, Bonn 1984.

⁸⁵ Vgl. Viola Neu, Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004, S. 226-253.

Eine solche Studie stünde aber auch vor einer Reihe methodischer Probleme: Hierzu gehört etwa die Ermittlung trennscharfer Items für eine solche Befragung. Einerseits dürfen sie nicht so formuliert sein, dass daraus eine sozial unerwünschte Auffassung direkt erkennbar ist. Andererseits müssen sie inhaltlich so klar sein, damit sie von einer demokratisch legitimen Gesellschafts- und Kapitalismuskritik unterscheidbar sind. Zu den linksextremistischen Aussagen würde gehören: „Das bestehende System muss durch eine sozialistische Revolution überwunden werden“, „Die DDR war doch ein besserer Staat als die gegenwärtige Bundesrepublik“ oder „Hinter der ‚parlamentarischen Demokratie‘ steckt eigentlich ein faschistisches System“. Zu Aussagen im letztgenannte Sinne würde zählen: „Die Arbeitslosigkeit wird durch die Profitinteressen des Großkapitals geschaffen“, „Der Kapitalismus richtet die Welt zugrunde“ oder „Ich wünsche mir, dass die Menschen in Zukunft in einer Gesellschaft ohne soziale Unterschiede leben“.

25. Empfehlungen für einen Forschungsbedarf

Die Länge des vorliegenden Textes und die Nennung einschlägiger Publikationen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass von einer entwickelten, seriösen⁸⁶ und systematischen Linksextremismus-Forschung in einem allgemeinen Sinne wie hinsichtlich jugendspezifischer Bezüge kaum gesprochen werden kann. Angesichts dieses rudimentären Standes sollen hier abschließend einige Empfehlungen für Forschungen formuliert werden, wobei die gewählte Reihenfolge auch als Prioritätenliste anzusehen ist. Erstens bedarf es der Erstellung von Studien über linksextremistisch motivierte Gewalttaten. Hierbei ginge es nicht nur um die Auswertung einschlägiger Akten von Straftätern, sondern auch um darüber hinaus gehende qualitative Studien im Sinne eines multi-methodischen Vorgehens. Als Vorbild dafür könnten die Forschungen zu rechtsextremistisch motivierten Gewalttätern dienen. Ein solches Vorgehen würde es auch gestatten, vergleichende Betrachtungen von links- und rechtsextremistisch motivierten Gewalttätern und –taten anzustellen.

⁸⁶ Mit dieser einschränkenden Formulierung soll eine Distanz gegenüber hauptsächlich politisch motivierten Publikationen zu diesem Themenspektrum vorgenommen werden. Dies gilt etwa auch gegenüber einer pseudo-wissenschaftliche Schriftenreihe, welche die rechts-konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ unter der Bezeichnung „Studien Extremismus und Freiheit“ herausgibt. Vgl. als jüngste Publikation: Felix Krautkrämer, Das linke Netz. Das Zusammenspiel zwischen der Wochen Zeitung *Die Zeit*, dem „Netz gegen Nazis“, der Bundeszentrale für politische Bildung und der linksextremen Szene, Berlin 2010. Wie der Titel bereits suggeriert, unterstellen derartige Publikationen eine Vernetzung des Linksextremismus mit staatlichen Behörden oder renommierten Publikationsorganen.

Zweitens bedarf es einer intensiven Erforschung der Autonomen-Szene, beschränkt sich doch das bisherige Wissen weitgehend auf die Berichte der Sicherheitsbehörden von Polizei und Verfassungsschutz und die wissenschaftlichen Examensarbeiten von ehemaligen Anhänger oder Sympathisanten der Szene.⁸⁷ Die sonstige politik- und sozialwissenschaftliche Literatur stützt sich meist nur auf diesen Wissensfundus. Entsprechende Forschungen sollten hier interdisziplinär angelegt sein, d. h. es ginge jeweils um die Perspektive der Bewegungs-, der Extremismus-, der Gewalt- und der Jugendforschung. Ein mögliches Problem für einschlägige Arbeiten könnte darin bestehen, dass sich die Autonomen-Szene stark nach außen abschottet und sich ihre Repräsentanten auch gegenüber Wissenschaftler wenig gesprächs- und kooperationsbereit zeigen. Gleichwohl könnten zumindest die Primärquellen aus der Szene von der Anschlagserklärung bis zur Buchpublikation ausgewertet werden. Darüber hinaus bietet sich hier eine Kooperation mit den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden an. Drittens bedarf es einer differenzierten Gesamtdarstellung zum Linksextremismus, woraus sich in kritischer Auseinandersetzung der Bedarf an weiterer Forschung ergeben kann. Sieht man dafür den Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Relevanz hinsichtlich der Wirkung einschlägiger Bestrebungen auch und gerade in Richtung von Jugendlichen als zentral an, dann sollte dabei ein erster Schwerpunkt im Bereich linksextremistischen Engagements in Protestbewegungen liegen. Ebendort gelingt es Akteure aus diesem politischen Lager häufig, nicht nur Jugendliche für ihre extremistischen Bestrebungen zu mobilisieren. Die dabei genutzten Methoden verdienen besonderes Interesse, lassen sich daraus doch Präventionsmaßnahmen entwickeln. Darüber hinaus könnte durch einschlägige Forschungsarbeiten in diesem Bereich das öffentliche Bewusstsein dafür erhöht werden, dass Gesellschaftskritik mehr als nur legitim in einer offenen Gesellschaft ist, es dabei aber gleichwohl der Abgrenzung gegen extremistischen Vereinnahmungen bedarf.

⁸⁷ Vgl. als Ausnahmen Uwe Backes, „Autonomer“ Altermondialismus zwischen gewaltfreiem Interventionismus und Terrorismus, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009, Frankfurt/M. 2009, S. 213-226; Matthias Mletzko, Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 180-199.

Literatur:

- A.G. Grauwacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin 2003.
- Agethen, Manfred/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002.
- AK Wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010.
- Backes, Uwe: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente zu einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.
- Backes, Uwe: Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991.
- Backes, Uwe: „Autonomer“ Altermondialismus zwischen gewaltfreiem Interventionismus und Terrorismus, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009, Frankfurt/M. 2009, S. 213-226.
- Backes, Uwe/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band I: Literatur, Köln 1989.
- Backes, Uwe/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band II: Analyse, Köln 1989.
- Backes, Uwe/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2006.
- Backes, Uwe/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 1ff., Bonn bzw. Baden-Baden 1989ff.
- Bayer-Katte, Wanda von/Dieter Claessens/Hubert Feger/Friedhelm Neidhardt: Gruppenprozesse, Opladen 1982.
- Bergsdorf, Harald: Die neue „Linke“. Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008.
- Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.
- Braun, Stephan/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten: Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Marxistische Gruppe (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Köln 1995.
- Bundesminister des Innern (Hrsg.): Die „Marxistische Gruppe“ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes, Bonn 1991.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010.
- Fetscher, Iring/Günter Rohrmoser: Ideologien und Strategien, Opladen 1981.

- Flechtheim, Ossip K./Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred Wilke: Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflusstategien und Ideologien, Frankfurt/M. 1980.
- Fraude, Andreas: Zeitschriftenportrait: Gegenstandspunkt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 15, Baden-Baden 2003, S. 247-262.
- Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin 1990.
- Geronimo u.a.: Feuer und Flamme 2. Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen, Berlin 1992.
- Grumke, Thomas/Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002.
- Grunenberg, Antonia: Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993.
- Haunss, Sebastian: Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004.
- Heimann, Siegfried: Deutsche Kommunistische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1983, Band 1, S. 901-981.
- Hirscher, Gerhard/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008.
- Hoffmann, Karsten Dustin: Zeitschriftenporträt Zeck, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 21, Baden-Baden 2010, S. 239-256.
- Hoffmann-Holland, Klaus: Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin. Triangulierte Kriminologische Studie, Berlin 2010.
- Hüllen, Rudolf van: Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 329-331.
- Hüllen, Rudolf van: Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus (10. April 2008), in: www.bpb.de.
- Jäger, Herbert/Gerhard Schmidtchen/Lieselotte Süllwold: Lebenslaufanalysen, Opladen 1981.
- Jesse, Eckhard/Jürgen P. Lang: Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.
- Joll, James: Die Anarchisten, Frankfurt/M. 1971.
- Kailitz, Steffen: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.

- Knabe, Hubertus: Knoeckers Erben. Die Wahrheit über Die Linke, Berlin 2009. Knütter; Hans-Helmuth: Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Frankfurt/M. – Berlin 1993.
- Knütter, Hans-Helmuth/Stefan Winckler (Hrsg.): Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz 2002.
- Kohlstruck, Michael: Zur aktuellen Debatte um politische Gewalt in der Metropole Berlin (Expertisen für Demokratie, Nr. 2/2010, herausgegeben von der Friedrich Ebert-Stiftung), Berlin 2010.
- Kolakowski, Leszek: Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall (drei Bände), München 1977.
- Kraushaar, Wolfgang: Im Schatten der RAF. Zur Entstehungsgeschichte der *Revolutionären Zellen*, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, S. 583-601.
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus (zwei Bände), Hamburg 2006.
- Krautkrämer, Felix: Das linke Netz. Das Zusammenspiel zwischen der Wochen Zeitung *Die Zeit*, dem „Netz gegen Nazis“, der Bundeszentrale für politische Bildung und der linksextremen Szene, Berlin 2010.
- Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt/M. 2005.
- Lang, Jürgen P.: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003.
- Langguth, Gerd: Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983.
- Lehmann, Frauke/Norbert Meyerhöfer: „Wünsche mir, dass es irgendwann so kracht wie früher“. Revolutionärer 1. Mai als linksradikales Ritual, in: Dieter Rucht (Hrsg.): Berlin, 1. Mai 2002. Politische Demonstrationsrituale, Opladen 2003, S. 55-100. Leonhard, Wolfgang: Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus, Düsseldorf 1970. Lützing, Saskia u.a.: Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Köln 2010.
- Matz, Ulrich/Gerhard Schmidtchen: Gewalt und Legitimität, Opladen 1983. Minrath, Axel: Friedenskamp. Die DKP und ihre Bündnispolitik in der Anti-Nachrüstungsbewegung, Köln 1986.

- Mletzko, Matthias: Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 11, Baden-Baden 1999, S. 180-199.
- Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003ff., Frankfurt/M. 2003ff.
- Moreau, Patrick/Hermann Gleumes: Die Deutsche Kommunistische Partei: Ergänzung oder Konkurrenz für die PDS?, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.): Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation, München 1998, S. 333-374.
- Moreau, Patrick/Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996.
- Müller-Enbergs, Helmut: Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 20, Baden-Baden 2008, S. 167-184.
- Müller-Enbergs, Helmut: Die MLPD und die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag. Ein politisches Portrait der Partei und eine empirische Auswertung der Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 319-369.
- Neu, Viola: Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004.
- Neugebauer, Gero/Richard Stöss: Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen 1996.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Ring Erp: Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik, Bonn 1984.
- Peters, Butz: Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004.
- Peters, Tim: Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006.
- Pfahl-Traughber, Armin: „Antiamerikanismus“ und „Antiwestlertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.): Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München 1997, S. 193-217.
- Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage, München 2006.
- Pfahl-Traughber, Armin: Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33.

Pfahl-Traughber, Armin: Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte (26. Februar 2008), in: www.bpb.de.

Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008ff., Brühl 2008ff.

Pfahl-Traughber, Armin: Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 273-300.

Rabert, Bernhard: Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995.

Roth, Roland/Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/M. 2008.

Rudzio, Wolfgang: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.

Sack, Fritz/Heinz Steinert: Protest und Reaktion, Opladen 1984.

Schultze, Thomas/Almut Gross: Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen Bewegung, Hamburg 1997.

Schwarzmeier, Jan: Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 2001.

Senator für Inneres und Sport (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, Bremen 2011.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin 1997-2003, 2. Auflage, Berlin 2006.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin 2003-2006, Berlin 2007.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Linke Gewalt in Berlin, Berlin 2009.

Spier, Tim/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, 4. Auflage, Berlin 2011.

Vilmar, Fritz: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse – und wie die Linke darauf reagiert, Berlin 1981.

Waldmann, Peter (Hrsg.): Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund, München 1993.

Wesemann, Kristin: Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie, Baden-Baden 2007.

Wilke, Manfred/Marion Brabant: Totalitäre Träumer. Die Politik der SDAJ und die Wirklichkeit des realen Sozialismus, München 1988.

Wilke, Manfred/Hans-Peter Müller/Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990.

Winkler, Will: Die Geschichte der RAF, Berlin 2007.

Wittkop, Justus F.: Unter der schwarzen Fahne. Gestalten und Aktionen des Anarchismus, Frankfurt/M. 1974.

Wunschik, Tobias: Die *Bewegung 2. Juni*, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus (zwei Bände), Hamburg 2006, S. 583-601.